



LebensWerte Kommune | Ausgabe 1 | 2022

Digitale Landpionier:innen

Politikempfehlungen für eine Progressive Provinz

Mario Wiedemann, Heidrun Wuttke, Frederik Fischer



Inhalt

Einleitung	4
1. Zusammenfassung	5
Auf einen Blick – Unsere Politikempfehlungen für eine „Progressive Provinz“	6
2. Wer wir sind	7
Diese Personen sind Teil der Initiative Digitale Landpionier:innen	8
Fragen an digitale Landpionierin Heidrun Wuttke	9
3. Wofür wir uns einsetzen	11
4. Welche Herausforderungen wir sehen	14
Fragen an digitale Landpionierin Stephanie Arens	18
5. Was wir vorschlagen – Unsere Politikempfehlungen	21
I. Innovative Kommunalverwaltung	21
II. Offene Treffpunkte	23
III. Fördermittel und Haushalt	24
IV. Bürger:innenbeteiligung	26
V. Digital- und Verkehrsinfrastruktur	29
VI. Baukultur, Bodenpolitik und Wohnen	30
VII. Ehrenamt und Engagement	32
Fragen an digitalen Landpionier Frederik Fischer	35
6. Projekte der digitalen Landpionier:innen	37
Quellen	44
Mission	45
Ausblick	46
Impressum	47

Einleitung

Das Interesse am ländlichen Raum wächst. Medien berichten intensiv über Vorteile und Nachteile des „Lebens auf dem Land“. Die Politik hebt die Formel der „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ in der Stadt und auf dem Land wieder auf die Agenda. So betont die neue Ampelkoalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP in ihrem Koalitionsvertrag: „Gleichwertige Lebensverhältnisse sind die Basis für Vertrauen in unsere Demokratie und halten unser Land zusammen.“¹ Und viele Bewohner:innen in Großstädten sehnen sich nach einem Leben auf dem Land.²

Parallel dazu haben viele Großstädte ihre Wachstumsgrenzen erreicht. Das Angebot an verfügbarem Wohnraum kann der Nachfrage nicht mehr standhalten. Und auch wenn die Ampelkoalition plant, jährlich circa 400.000 neue Wohnungen zu bauen, stellt sich die Frage, wo dies geschehen soll. Die freien Flächen dafür gibt es in vielen Ballungsräumen nicht mehr.

In einigen Regionen im ländlichen Raum gibt es wieder nennenswerten Zuzug. Für viele (wenn auch nicht für alle) Kommunen bietet sich die Chance, der großen Herausforderung des demografischen Wandels etwas entgegenzusetzen. Dafür muss die Lebensqualität vor Ort als ausreichend attraktiv wahrgenommen werden, um „Alteingesessene“ zum Bleiben und Städter:innen zum Umzug zu bewegen.

Die Digitalisierung unterstützt Kommunen dabei auf zwei Wegen:

1. Digitale Lösungen im Bereich der Daseinsvorsorge sind mittlerweile in zahlreichen Bereichen wie Gesundheitsversorgung, Mobilität oder Bildung erprobt und erfolgreich eingesetzt. Sie haben das Potenzial, die Lebensqualität im ländlichen Raum zu steigern.
2. Die Digitalisierung der Arbeitswelt und die in vielen Berufen damit einhergehende Möglichkeit zur ortsunabhängigen Arbeit verschaffen dem ländlichen Raum neue Perspektiven. Wer nicht täglich Dutzende Kilometer zur Arbeit pendeln muss, kann auch „weiter raus“ auf's Land ziehen.

Diese Perspektiven sind eine Möglichkeit – kein Versprechen. Ohne großen Einsatz aufseiten der Verantwortlichen in den Kommunen wird sich die Situation vielerorts nicht automatisch zum Besseren wenden. Sie brauchen Offenheit für Neues und Mut zur Veränderung. Damit kann es gelingen, das Bild einer „Progressiven Provinz“³ zu zeichnen, die die Chancen der Digitalisierung aktiv nutzt und die sich zu einem lebenswerten, gemeinwohlorientierten Ort entwickelt, der sowohl für die Menschen vor Ort als auch für potenzielle neue Bewohner:innen attraktiv ist.

1 SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP 2021.

2 Vodafone Institut für Gesellschaft und Kommunikation 2021.

3 Der Begriff „Progressive Provinz“ wurde vom Zukunftsinstitut geprägt. Siehe dazu auch ein Interview mit dem Leiter des Berliner Büros des Zukunftsinstituts Daniel Dettling unter <https://blog-smartcountry.de/progressive-provinzen-jeder-kann-dazu-gehoren/> (Download 14.12.2021).

1. Zusammenfassung

Es tut sich etwas auf dem Land. Der ländliche Raum bietet gute Voraussetzungen und viel Potenzial, um eine gemeinnützige und nachhaltige Zukunft zu gestalten. Die Digitalisierung schafft neue Chancen und Wege zur Steigerung der Lebensqualität. Digitale Landpionier:innen stoßen den Wandel vor Ort an, begleitet von Bürger:innen, die sich engagieren und in die Entwicklung und das Testen von Lösungen vor Ort eingebunden werden wollen.

Kommunen brauchen Mut, Veränderungen zuzulassen und die eigene Zukunft aktiv mitzugestalten. Hierzu braucht es eine Kultur des Miteinanders, der Teilhabe und Partizipation. Kooperation erfolgt inklusiv und wertschätzend – auf Augenhöhe. Kommunen können die Weichen für mehr Lebensqualität, mehr Transparenz und mehr Teilhabe und Partizipation im ländlichen Raum stellen. Zukunftsorte sind Kommunen, die als Reallabore fungieren, Innovationen bündeln und Neues ausprobieren. Ob Co-Working-Spaces im ländlichen Raum oder genossenschaftliches Wohnen – progressive Ideen reduzieren Leerstand, stärken die Infrastruktur und Daseinsvorsorge, fördern die Gemeinschaft, erhöhen die Lebensqualität und tragen zu einer Wiederbelebung und Stärkung ländlicher Räume bei.

Was sind die Herausforderungen, die wir als digitale Landpionier:innen sehen? In der kommunalen Verwaltung und im Ehrenamt mangelt es oft an Ressourcen und Know-how, um die dringlichen Herausforderungen wie demografischer Wandel, Digitalisierung und Klimawandel zu stemmen. Förderungen kommen z. B. wegen zu hoher Eigenbeteiligung nicht bei jenen Kommunen an, die das Geld am dringendsten brauchen. Nach Ablauf der Förderphasen gibt es wenig Aussicht auf Verstetigung. Der Breitbandausbau schreitet zu langsam voran und schneidet ganze Regionen von Zukunftschancen ab. Für zukunftsorientiertes Denken und Handeln bleibt in Kom-

munen oft keine Zeit und es fehlt ein Überblick über Akteur:innen und Netzwerke, die bereits über viel Erfahrung in der Umsetzung kreativer Ideen und Vorhaben für eine „Progressive Provinz“ verfügen.

Die Initiative Digitale Landpionier:innen vereint zahlreiche Akteur:innen, die die vielfältigen Chancen der Digitalisierung für kommunale Entwicklung nutzen, die für mehr Lebensqualität vor Ort sorgen und die diese Entwicklungen analysieren und erforschen. Gemeinsam haben wir Empfehlungen für Politik und Verwaltung ausgearbeitet und möchten damit die gesellschaftliche Debatte um die Zukunft des ländlichen Raums bereichern. Diese Empfehlungen bauen auf den langjährigen Erfahrungen auf, die wir als digitale Landpionier:innen in den vergangenen Jahren in der Praxis gesammelt haben.

Wir setzen uns für lebenswerte, gemeinwohlorientierte Kommunen im ländlichen Raum ein. Wir wollen vorhandenes Potenzial ausschöpfen und neue Perspektiven schaffen. Die Digitalisierung unserer Arbeits- und Lebenswelt stellt einen wirkungsvollen Hebel dar, um dieses Ziel zu erreichen. Dafür bedarf es einerseits sensibler moderner Transformationsprozesse in den Kommunen und politischer Rahmenbedingungen, die gemeinwohlorientierte Akteur:innen und Entwicklungen fördern.

In der folgenden Übersicht ist eine Zusammenfassung unserer Politikempfehlungen aufgelistet. Die detaillierten Empfehlungen finden Sie ab Seite 21.

Auf einen Blick – Unsere Politikempfehlungen für eine „Progressive Provinz“

Innovative Kommunalverwaltung

- K** Mut für Experimente zur kreativen Stadt- und Dorfentwicklung und eine offene Kultur für soziale Innovationen im ländlichen Raum
- B L** Aufbau von Innovations- und Moderationskompetenzen in Kommunen unterstützt durch Bund und Bundesländer

Offene Treffpunkte

- K** Offene Treffpunkte, wie etwa Dorfgemeinschaftshäuser, multifunktional ausrichten und zur Stärkung der Gemeinschaft nutzen
- K** In offenen Treffpunkten gemeinsame, regionale Experimentierräume für Verwaltung und Bürger:innen schaffen

Fördermittel und Haushalt

- L K** Fördermittellots:innen auf Kreisebene als Unterstützung v. a. für kleine oder strukturschwache Kommunen installieren
- B L** Förderprogramme zwischen Ministerien besser aufeinander abstimmen und Zahl der Förderprogramme reduzieren
- L** Mehr investive Schlüsselzuweisungen für die Kommunen
- EU B L** Die kommunale Eigenbeteiligung bei Förderprogrammen senken und alternative Formen von Eigenmitteln akzeptieren
- EU B L** Kommunen mehr Freiräume bei der Berichtspflicht über Fördermittel einräumen – Wirkung und Transparenz von Projekten in Mittelpunkt stellen, nicht die Bürokratie

- L** Kreisbudgets für Innovationsprojekte auflegen, ohne inhaltliche Vorgaben der Bundesländer

Bürger:innenbeteiligung

- K** Mehr Transparenz schaffen mithilfe digitaler Plattformen, die wichtige kommunale Themen sowie offene Daten zur Verfügung stellen
- K** Kommunale Entwicklung unter Einbeziehung der Bürger:innen auf Basis von Befragungen zur Lebensqualität realisieren. Was macht meine Kommune lebenswert?
- K** Partizipationsformate, wie z. B. Bürgerhaushalt, Bürgerrat, Zukunftswerkstätten, stärker nutzen
- K** Junge Menschen mit zielgruppengerechten Beteiligungsformaten stärker einbinden
- K** Zugezogene integrieren und Austausch zwischen Zugezogenen und „Alteingesessenen“ ermöglichen

Digital- und Verkehrsinfrastruktur

- B L** Breitband- und Mobilfunkabdeckung als dringliche Priorität anerkennen
- L K** Digitale Lösungen zur Unterstützung der Daseinsvorsorge (z. B. im Bereich Gesundheit und Mobilität) ausbauen
- K** Kommunales Datenmanagement für die kommunale Entwicklung nutzen
- B L** Bahnstrecken zur Anbindung von Kommunen an urbane Zentren reaktivieren

EU = Europäische Union **B** = Bund
L = Länder **K** = Kommunen

Bodenpolitik, Baukultur und Wohnen

- K** Baukultur als wichtigen Standortfaktor anerkennen und für eine nachhaltige Regionalentwicklung nutzen
- B L** Reaktivierung von Leerständen in Kommunen attraktiver machen, z. B. durch Fördermittel
- K** Konzeptvergaben in Neubaugebieten ermöglichen
- B L K** Gemeinschaftliche Bauprojekte stärker fördern
- B L K** Experimentellen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau unterstützen
- K** Gemeinwohlorientierte Aspekte stärker in die Stadt- und Regionalentwicklung einbeziehen
- K** Mehr Wertschätzung für neue Formen des Wohnens und Arbeitens

Ehrenamt und Engagement

- K** Mehr Anerkennung und Wertschätzung für ehrenamtliches Engagement
- L K** Chancen der Digitalisierung für die Stärkung des Ehrenamts vor Ort nutzen
- B** Mobile Arbeit ermöglichen und dadurch Freiräume für Engagement schaffen
- K** Engagement generationenübergreifend ermöglichen, z. B. durch Ermöglichung von spontanem, flexiblem Engagement, das auch junge Leute anzieht

EU = Europäische Union **B** = Bund
L = Länder **K** = Kommunen

2. Wer wir sind

In unserer **Initiative Digitale Landpionier:innen** bündeln wir die Erfahrungen vieler engagierter Menschen und Institutionen, die den ländlichen Raum mit all seinen Potenzialen in den Blick nehmen und dabei die Möglichkeiten der Digitalisierung für sich nutzen. Es gibt an vielen Orten in Deutschland kreative Menschen, die anpacken und ihre Nachbarschaft, ihr Umfeld im Sinne des Gemeinwohls gestalten. Sie setzen Zeichen, gehen mutig voran und sind Pionier:innen, indem sie Möglichkeitsräume in ländlichen Regionen erkennen und nutzen.

In kleineren Kommunen im ländlichen Raum gilt noch mehr als in großen Städten, dass selbst einzelne Personen mit ihrem Einsatz den Einfluss haben, vieles zum Positiven bewegen zu können. Einige dieser digitalen Landpionier:innen haben bereits jahrelange Erfahrungen in Kommunen in ganz Deutschland gesammelt. Sie wissen, wie es gelingen kann, eine Aufbruchsstimmung zu erzeugen, und wie die Potenziale der Digitalisierung genutzt werden können, um den ländlichen Raum voranzubringen.

Unsere Initiative bringt digitale Landpionier:innen zusammen und umfasst dabei Vertreter:innen der Zivilgesellschaft ebenso wie Bürgermeister:innen, Wirtschaftsförder:innen, Projektmanager:innen und Wissenschaftler:innen. Wir sind „Länderneuerer“, „Stadtflüchtige“, „Heimatverliebte“, „Kommunale“ und „Unterstützer aus der Ferne“.⁴ Uns alle eint die Überzeugung, dass die ländlichen Räume beste Voraussetzung bieten, um eine gemeinwohlorientierte und nachhaltige Zukunft zu gestalten. Die Digitalisierung ist dabei eine zwingende Voraussetzung und gleichzeitig Mittel zum Zweck, nicht Wesenskern.

⁴ Siehe dazu die Typologie von Akteur:innen des Wandels im ländlichen Raum. In: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung und Wüstenrot Stiftung 2021: 50–57.

Nachfolgend sind alle Teilnehmer:innen unserer Initiative aufgeführt. In fünf Workshops (vier wurden digital durchgeführt, einer in Präsenz) wurden die Inhalte erarbeitet. Gemeinsam haben wir Empfehlungen für Politik und Verwaltung ausgearbeitet und möchten damit die gesellschaftlichen Debatten um die Zukunft des ländlichen Raums bereichern. Diese Empfehlungen bauen auf den langjährigen Erfahrungen auf, die wir als digitale Landpionier:innen in den vergangenen Jahren in der Praxis gesammelt haben.

Diese Personen sind Teil der Initiative Digitale Landpionier:innen

Dr. Stephanie Arens, Südwestfalen Agentur GmbH
Ulrich Bähr, CoWorkLand eG
Andreas Betz, Amtsdirektor Amt Hüttener Berge
Frederik Fischer, Neulandia
Prof. Dr. René Geißler, Technische Hochschule Wildau
Hans-Werner Gorzolka, Kreisheimatpfleger Höxter und Vorstandsmitglied Westfälischer Heimatbund
Steffen Hess, Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering IESE
Willi Kaczorowski, Berater für Digitalisierung von Politik und Verwaltung
Petra Klug, Bertelsmann Stiftung
Andreas Knoblauch-Flach, VHS-Zweckverband Diemel-Egge-Weser
Thomas Kralinski, Staatssekretär des Landes Brandenburg a. D.
Nina Leseberg, Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt
Jonathan Linker, Summer of Pioneers Homberg und HOMEberger Netzwerk
Julia Paaß, Netzwerk Zukunftsorte
Felix Peter, gewiso GmbH
Marian Schreier, Bürgermeister Stadt Tengen
Prof. Dr. Hilde Schröteler-von Brandt, Universität Siegen
Dr. Sabine Weck, ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung Dortmund
Vanessa Weeke, Bertelsmann Stiftung
Mario Wiedemann, Bertelsmann Stiftung
Nenja Wolbers, Stiftung Digitale Chancen
Heidrun Wuttke, Kreis Höxter und VHS-Zweckverband Diemel-Egge-Weser
Nicole Zerrer, Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung

Fragen an digitale Landpionierin Heidrun Wuttke

(Projektleiterin Dorf.Zukunft.Digital
und Dorf.Gesundheit.Digital)



„Digitalisierung gehört in Bürgerhand“

Im Kreis Höxter erproben und benutzen 30 Dorfgemeinschaften digitale Anwendungen. Mit dem DorfFunk und der DorfPage gibt es neue Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten auf lokaler Ebene. Außerdem werden Dorf-Digital-Lots:innen ausgebildet, die ihr Wissen in die Dorfgemeinschaft weitergeben und die Umsetzung der kreisweiten Digitalstrategie aus Bürgersicht begleiten. Heidrun Wuttke ist Leiterin der geförderten Projekte Dorf.Zukunft.Digital und Dorf.Gesundheit.Digital und berichtet im Interview über ihre Erfahrungen. Außerdem macht sie Vorschläge, wie digitale Projekte mit Bürger:innenbeteiligung im ländlichen Raum besser unterstützt werden sollten.

Welche Wirkung konnten Sie mit Ihren Digitalisierungsprojekten entfalten?

Wuttke: In den Dörfern ist inzwischen ein Großteil der Menschen über die Chancen und Risiken der Digitalisierung informiert. Sie können souverän entscheiden, was sie nutzen möchten und was nicht. Sie haben die Handhabung von digitalen Anwendungen erprobt und ihre digitalen Kompetenzen geschult. Sie wissen, was die gesellschaftlichen Trends sind und welche Vorteile sie für den ländlichen Raum bieten.

Abgesehen davon: Wie hat sich das soziale Gefüge in den Dörfern verändert?

Wuttke: Statt virtueller Welten oder einer Vereinigung von Menschen haben wir durch unsere Digitalprojekte einen Schub an sozialen Innovationen erlebt. Es gab mehr Begegnung, Austausch und Engagement und mehr Mitmacher:innen. Wir konnten die Demokratie stärken, indem z. B. nicht einzelne Personen entscheiden, was auf der DorfPage berichtet wird. Stattdessen gibt es jetzt überall Redaktionsteams, die gemeinschaftlich ihre DorfPage betreiben.

Früher traf man sich für ein Gespräch am Gartenzaun oder in der Dorfmitte, aber das ist heute nicht mehr selbstverständlich. Die Dörfer sind im Wandel. Jetzt erreichen wir auch Menschen in Neubaugebieten oder Menschen, die weggezogen sind und dennoch heimatverbunden sind. Es gibt mehr Nachbarschaftshilfe, weil nun online über DorfPage und DorfFunk viel mehr Menschen im Dorf erreicht werden können. Die Menschen spüren, dass sie ihr Dorf selbstbestimmt und selbstorganisiert vorantreiben können, ganz nach dem Motto: Digitalisierung gehört in Bürgerhand. Der Ort entwickelt sich weiter und die Gemeinschaft wird stärker.

Der Kreis Höxter ist bei seinen Bestrebungen auf Fördergelder angewiesen. Wie schwierig ist die Beantragung?

Wuttke: Die oft mehrstufige Beantragung von Förderprojekten erfordert viel Mühe und viel Zeit. Das weiß ich aus eigener Erfahrung, da ich an vielen Bewerbungsverfahren mitgewirkt habe. Das trifft vor allem bei bundesweiten Förderprogrammen wie z. B. Heimat 2.0 oder Smart Cities zu. Bei LEADER-Projekten ist die Beantragung gerade für Vereine auch nicht ganz einfach. Oft dauert das ganze Verfahren mit den unterschiedlichen Prüfschritten ein gutes Jahr. Jedoch gibt es hier direkte Unterstützung durch die LEADER-Regionalmanager:innen und die Bezirksregierungen, so dass Antragsteller ermutigt werden, den langen Weg zu gehen. Viel hängt auch davon ab, ob man als Kreis, Kommune oder auch als Verein die Eigenmittel beisteuern kann. Nach Abgabe der Bewerbungen erhält man oft erst nach einigen Monaten Bearbeitungszeit eine Zu- oder Absage, die oft nicht näher begründet

wird. Und dann wartet man nochmals mehrere Monate, bis der Zuwendungsbescheid vorliegt, denn früher darf mit den eingereichten Projekten nicht begonnen werden.

Welche Auswirkungen hat dies für Ihre Arbeit?

Wuttke: Als Antragsteller, aber auch bei den notwendigen öffentlichen Ausschreibungen, die in jedem Förderprojekt verpflichtend sind, schweben Hauptamt und Ehrenamt lange im Unklaren. Manchmal kann das operative Projektgeschäft nur eingeschränkt fortgesetzt werden, bis die Ergebnisse einer Ausschreibung vorliegen. Diese „Wartezeiten“ führen bei den projektbeteiligten Bürger:innen zu einem Gefühl von Stillstand. In Folge verlieren sie ihr Engagement und ihre Motivation. Was uns hier geholfen hat, war immer eine offene, transparente Kommunikation.

Wie sollte die Förderlandschaft Ihrer Meinung nach aussehen?

Wuttke: Wir sprechen uns schon lange Zeit dafür aus, dass es Regionalbudgets wie beim Modellvorhaben des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) Land (auf) Schwung geben sollte. Eine bestimmte Summe sollte also direkt an den Kreis oder die Kommunen gehen und diese können selbst entscheiden, wie sie das Geld einsetzen. Denn die Leute vor Ort wissen am besten, was fehlt und was nötig ist.

Außerdem sollten die Förderprojekte auf Bundesebene viel besser miteinander verzahnt und aufeinander abgestimmt werden. Aktuell finden einige Projekte auch gleichzeitig statt, sodass den Projektbeteiligten und Ehrenamtlichen vor Ort eine Überforderung droht.

Wie könnte diese Verzahnung gelingen?

Wuttke: Es ist vielleicht ein Bundesministerium notwendig, das federführend für die Digitalisierung zuständig ist. Unter der Großen Koalition befassten sich gleich mehrere Ministerien mit Digitalisierungsthemen in ländlichen Regionen. Jedes hatte eigene Initiativen. Das sorgt für eine große Verwirrung.

Ihre Projekte wären ohne das Engagement von Ehrenamtlichen kaum zu stemmen. Erhalten diese genügend Wertschätzung?

Wuttke: Einige unserer Bürger:innen bringen sich jährlich mit 800 bis 1.000 Stunden ehrenamtlich in unser Projekt ein. Zudem übernehmen sie noch weitere Funktionen im Dorf, z.B. im Sport- oder Karnevalsverein oder bei der Caritas. Trotzdem ist es in Förderprojekten schwierig, Wertschätzung durch Aufwandsentschädigung auszudrücken. Beim LEADER-Projekt Dorf.Zukunft.Digital möchten wir, dass die Dorfgemeinschaften sich vernetzen und regelmäßig treffen und die ehrenamtlichen Lots:innen an unseren Schulungen teilnehmen, können aber für solche ehrenamtlichen Einsätze weder Spritkosten übernehmen noch ein kleines Catering bereitstellen. Beides ist in den Fördermitteln nicht inbegriffen. Dabei sind dies doch Wertschätzungen, mit denen man Danke sagen könnte.

An welchen Stellschrauben sollte man noch drehen, um der Digitalisierung im ländlichen Raum einen Schub zu geben?

Wuttke: Wir haben den Eindruck, dass die Bürger:innen im Kreis Höxter die Chancen der Digitalisierung erkannt haben und gern in einem schnelleren Tempo voranschreiten möchten, auch bei der Umsetzung der kreisweiten Digitalstrategie. Vor Ort wird das Digitale direkt selbst erprobt und genutzt. Die Menschen im Ort haben den Kultur- und Mentalitätswandel längst verstanden. Hier sind sie Vorbild und Impulsgeber:innen auch für die Politik und Verwaltung. Diese unterschiedlichen Geschwindigkeiten müssten viel mehr synchronisiert werden. Denn Digitalprojekte sind dann nachhaltig erfolgreich, wenn sie strategisch in eine kreisweite Digitalagenda eingebunden sind und alle Beteiligten an einem Strang ziehen.

Weitere Informationen finden Sie in der Projektbeschreibung (Seite 39) und im Internet unter dorfdigital2.de.

3. Wofür wir uns einsetzen

Wir setzen uns für lebenswerte, gemeinwohlorientierte Kommunen im ländlichen Raum ein. Wir wollen vorhandenes Potenzial ausschöpfen und neue Perspektiven schaffen. Die Digitalisierung unserer Arbeits- und Lebenswelt stellt einen wirkungsvollen Hebel dar, um dieses Ziel zu erreichen. Dafür bedarf es einerseits sensibel moderierter Transformationsprozesse in den Kommunen und politischer Rahmenbedingungen, die gemeinwohlorientierte Akteur:innen und Entwicklungen fördern. Im Folgenden skizzieren wir diese Rahmenbedingungen.

MUT ZUR VERÄNDERUNG UND DIE ZUKUNFT IM BLICK

Kommunen, vor allem im ländlichen Raum, benötigen Mut zur Veränderung hin zu einem nachhaltigen Mentalitäts- und Kulturwandel, damit die Herausforderungen dieser beschleunigten Zeit erfolgreich bewältigt werden. Sonst droht der Stillstand, das Verharren in alten Strukturen und Verhaltensmustern. Wegzug, fehlende Attraktivität für kleine und mittlere Unternehmen oder ein Wegbrechen der Daseinsvorsorge können die Folgen sein.

Bewährte Traditionen sollten gepflegt, gleichzeitig aber auch neue Wege beschritten werden, indem neue Herangehensweisen und Lösungen zusammen mit den Bürger:innen vor Ort erprobt werden. Insbesondere engagierten Dorfgemeinschaften und Bürgermeister:innen kann es gelingen, die Menschen mit einer der Zukunft zugewandten und lokal verwurzelten Vision zu begeistern und mitzureißen.

Kommunen sind mit der Bewältigung von Krisen, Haushaltsengpässen und dem alltäglichen Verwaltungshandeln oft personell so ausgelastet, dass lokale Politik und Verwaltung kaum Raum und Zeit haben, um nach vorne zu denken und zu planen. Wer sich aber selbst als Getriebene:r äußerer Umstände sieht, reagiert oft nur und ver-

passt es, selbstbestimmt Zukunft zu gestalten. Lokale Politik und Verwaltung sollten daher proaktiv agieren, Vorbild sein und ihre Bürger:innen mit positiven Zugängen und Beispielen für eine lebenswerte, gemeinwohlorientierte Kommune begeistern und aktivieren.

Eine Zukunftsvision für die eigene Kommune muss die lokale Identität berücksichtigen. Menschen spüren, wenn ihnen eine Identität auferzungen wird. Die lokale Identität muss herausgearbeitet und gestärkt und nicht erfunden werden. Die Digitalisierung ist dafür ein gutes Beispiel. Die Vorzüge und Chancen, welche sie für das Leben der lokalen Bevölkerung mit sich bringt, müssen in einem gemeinschaftlichen Prozess ausgelotet und vermittelt werden. Die lokale Identität steht hierbei im Mittelpunkt und verdeutlicht greifbar, welches Potenzial Digitalisierung für die Gemeinschaft entfalten kann.

Vertrauen, Offenheit, Toleranz, Akzeptanz von Vielfalt und Respekt sind die Grundwerte und Basis einer Kultur des Miteinanders. Um auch in Zukunft noch als attraktiver Standort zu gelten, müssen es Gemeinden und Kleinstädte schaffen, eine Kultur der Toleranz und Offenheit gegenüber Neuem zu leben. Es braucht eine Willkommenskultur für Neuankommende und Menschen, die schon da sind und vor Ort neue Ideen umsetzen wollen. Impulsgeber:innen, egal ob fremd oder verwurzelt, finden in der Dorfgemeinschaft Gehör und Wertschätzung und werden proaktiv mit Rat und Tat mit dem Dorf, dem Vereinsleben und den Traditionen vertraut gemacht und integriert. „Voneinander und miteinander lernen“ lautet der Leitgedanke.

PARTIZIPATIVE UND INKLUSIVE KOMMUNEN

Wir sind der Überzeugung, dass eine Kommune ihre Zukunftschancen nur nutzen kann, wenn sie für ihre Bürger:innen vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten schafft, um Einfluss zu nehmen und das Geschehen vor Ort selbstbestimmt mitgestalten zu können. Dafür muss sich die Kom-

mune so aufstellen, dass sie inklusiv handelt. In einer Kommune sollten alle Bürger:innen – mit oder ohne Behinderung, mit oder ohne Migrationserfahrung, jung oder alt, Mann oder Frau, arm oder reich – gehört werden und nicht nur die, die am lautesten sind, die es am besten verstehen, sich zu artikulieren, oder die besonders gute Verbindungen ins Rathaus haben.

Kommunen müssen für ihre Bürger:innen nahbar und ansprechbar sein – und zwar direkt. Es muss klar benannte Stellen geben, an die sich Bürger:innen mit ihren Anliegen wenden können. Teilhabe und Partizipation kann sich nicht in Umfragen oder der Weitergabe von Ratsinformationen erschöpfen. Wenn den Bürger:innen seitens der Politik Verantwortung abverlangt wird, müssen gleichzeitig auch bedarfsgerechte Partizipationsangebote geschaffen werden, um eigene Ideen und Projekte umzusetzen. Dies steigert das Gefühl der Selbstwirksamkeit innerhalb einer Kommune. Ein gutes Beispiel hierfür sind Bürgerhaushalte oder Projekte im Bereich der Ortsentwicklung, bei denen die Dorfgemeinschaften selbst festlegen, was sie an neuen Lösungen erproben wollen, und dies auch weitestgehend selbstorganisiert umsetzen.

Klar ist aber auch: Die Bürger:innen müssen verstehen, dass sie aktiver Teil der Veränderungsprozesse sind, die sie sich wünschen und manchmal auch lautstark einfordern. Die Anspruchshaltung gegenüber der Verwaltung ist nicht selten überbordend und unrealistisch. Sie setzt insbesondere strukturschwache, überschuldete und auf rein ehrenamtlichen Strukturen basierende Kommunen, deren Verwaltungen in vielen Bereichen ohnehin am Limit arbeiten, unter zusätzlichen Druck, der für beide Seiten die produktive Zusammenarbeit erschwert.

Für eine wirklich partizipative Gestaltung in einer Kommune sollten sich die Entscheidungsträger:innen aktiv um Vielfalt bemühen. Dabei sollte sich Vielfalt auf unterschiedliche Dimensionen beziehen, wie z. B. Geschlecht, Altersstruktur, Herkunft usw.

Partizipation heißt auch, dass mehr Kinder und Jugendliche eingebunden werden müssen, nicht nur die Älteren. Schließlich geht es für viele Kommunen im ländlichen Raum gerade darum, junge Menschen zu halten oder junge Familien anzuziehen. Partizipation braucht aber auch eine gewisse Kompetenz, sich konstruktiv einzubringen. Daher müssen Kommunen niedrigschwellige, innovative Partizipationsformate und -angebote schaffen, die die Jüngeren sowohl inhaltlich als auch methodisch ansprechen.

DAS DIGITALE DORF ALS SORGENDE GEMEINSCHAFT

Digitalisierung gehört in die Hand der Bürger:innen. Sie ist nicht nur staatliche Aufgabe der Kommunen, sondern muss von den Menschen vor Ort aktiv mitgestaltet werden. Geschulte Dorf-Digital-Expert:innen vermitteln als Multiplikator:innen ihren Mitbürger:innen den souveränen Umgang mit neuen Technologien und verfolgen dabei einen klaren Bildungs- und Fürsorgeauftrag, der sich im Selbstverständnis eines sorgenden Dorfes wiederfindet.

Dabei versteht sich das sorgende Dorf als ein lokales Bündnis von Bürger:innen, Nachbarschaften und Vereinen, Kirchen und Gremien, der Wohlfahrtsverbände und der politischen Gemeinde zur Stärkung der Gemeinschaft und des Gemeinwohls: fürsorglich, analog und digital. Wichtig für den Zusammenhalt sind soziale Orte als offene und einladende Begegnungsräume, wo sich Menschen generationenübergreifend treffen, austauschen, etwas zusammen anpacken und gestalten sowie voneinander lernen können. Es muss neben den klassischen Treffpunkten wie Dorfgemeinschaftshäusern und Bürgerhallen, Vereins- und Pfarrheimen auch dritte Orte geben, die zuverlässig geöffnet sind (z. B. für das neue Ehrenamt, da zumeist kurzfristig und spontan) und die eine gute digitale Infrastruktur haben. Es kann auch dritte Orte geben, die flexibel nach Bedarf ohne großen Aufwand geschaffen werden (z. B. Treffen auf einer Mitfahrbank). Die Schaffung von digita-

len Treffpunkten wie z. B. dem Dorffunk⁵ ist ein zusätzliches Angebot, das die Kommunikation und Abstimmung verbessern kann.

Die Mitmach- und Anpackkultur des Kümmerns ist die besondere Stärke des ländlichen Raums. Die Bürger:innen vor Ort engagieren sich für ihre Heimat und sind Teil einer Gemeinschaft, die selbstorganisiert und selbstbestimmt nach dem Subsidiaritätsprinzip zusammen anpackt und füreinander einsteht, die Konflikte und Herausforderungen vor Ort löst und durch ein gemeinsames Zukunftsbild getragen und verbunden ist. Heimat bedeutet Übernahme von Verantwortung. Sie braucht dringend bürgerschaftliches Engagement und ist Gestaltungsauftrag vor Ort. Überall dort, wo Menschen möglichst selbstwirksam zusammenarbeiten, wächst Heimat.

Dort, wo zivilgesellschaftliches Engagement nicht mehr selbstverständlich ist, muss es durch niedrigschwellige Angebote wieder aufgebaut werden. Auch Kommunen sind hier gefragt. Letztlich profitieren alle von einem emanzipierten, konstruktiven Engagement der Bürger:innen.

Viele Dörfer sind viele Jahrhunderte alt und haben im Wandel der Zeit ihre Widerstandskraft und Transformationskompetenz erfolgreich unter Beweis gestellt. Sie wollen bedarfsgerechte und alltagstaugliche, neue (digitale) Lösungen erproben, um die Daseinsvorsorge und Lebensqualität zukunftssicher zu gestalten.

WERTSCHÄTZUNG FÜR ENGAGEMENT UND EHRENAMT

Das lokale ehrenamtliche Engagement der Bürger:innen und ihre Bereitschaft, sich mit großem persönlichem Einsatz an der kommunalen Entwicklung zu beteiligen, leistet in Kommunen in ländlichen Räumen einen sehr wertvollen Beitrag für die Gesellschaft, auch im Sinne der Demokratieentwicklung.

⁵ Vgl. <https://www.digitale-doerfer.de/unsere-loesungen/dorffunk/?portfolioCats=68%2C70%2C69%2C97>.

Manche Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge ließen sich ohne das Engagement und den ehrenamtlichen Einsatz ihrer Bürger:innen kaum mehr aufrechterhalten. Die kommunale Entwicklung ist vielerorts angewiesen auf die Kreativität, den Ideenreichtum und das Engagement der Bürger:innen. Die Digitalisierung bietet auch für das Engagement vor Ort neue Anknüpfungsmöglichkeiten. Dieses unterscheidet sich mitunter von „klassischen“ Formen des Ehrenamts. Es sollte aber die gleiche Wertschätzung erfahren.

Es geht um die enge Zusammenarbeit auf allen Ebenen – das kooperative und respektvolle Miteinander auf Augenhöhe. Dieser besondere Beitrag des bürgerschaftlichen Engagements muss als Zukunftsaufgabe in allen Bereichen entsprechend unterstützt und wertgeschätzt werden.

DASEINSVORSORGE GENERATIONEN-ÜBERGREIFEND ERMÖGLICHEN

In einer lebenswerten, gemeinwohlorientierten Kommune sind alle Bereiche der Infrastruktur und Daseinsvorsorge für die Bürger:innen inklusiv geplant und gestaltet. Sie sind für alle Bürger:innen erreichbar und zugänglich, sodass die analoge und digitale Teilhabe aller Menschen generationenübergreifend ermöglicht wird, wie z. B. im Bereich Mobilität auch für Personen, die nur eingeschränkt mobil sind.

Dabei ist klar, dass angesichts der Folgen des demografischen Wandels und der damit einhergehenden Transformation nicht jedes Dorf alle Bereiche der Daseinsvorsorge abdecken kann. Nicht in jeder kleinen Gemeinde im ländlichen Raum kann es ein Komplettangebot wie weiterführende Schulen, Arztpraxen, Banken usw. geben. Eine gute „Grundausstattung“ der Daseinsvorsorge ist jedoch von großer Bedeutung. Eine regionale Zusammenarbeit, die sich dadurch auszeichnet, dass Kommunen im Verbund agieren und über den Tellerrand hinausschauen, ist im Bereich der Daseinsvorsorge wichtig. Auf diese Weise werden Kräfte gebündelt und ein attraktives Angebot für Bürger:innen weitestgehend aufrechterhalten.

In der digitalen Infrastruktur können aber keine Abstriche gemacht werden. Eine schlechte digitale Infrastruktur ist ein gewichtiger Grund dafür, dass Menschen ländliche Regionen verlassen und dass Zuzug ausbleibt.

Jede Kommune braucht eine Versorgung mit schnellem Breitbandinternet. Zum einen, weil viele Angebote der Daseinsvorsorge heute und in Zukunft digital unterstützt noch besser angeboten werden können (Beispiel: regionaler ÖPNV, der die Bürger:innen bei Bedarf und mit einem Klick ansteuert und ans Ziel befördert). Zum anderen ist eine gute digitale Infrastruktur die Voraussetzung dafür, dass Kommunen im ländlichen Raum vom Trend zur ortsunabhängigen Arbeit profitieren. Wenn die Menschen nicht mehr oder nur noch selten in die Stadt zur Arbeit pendeln müssen, können sie auch „auf dem Land“ arbeiten – wenn das Breitband vor Ort verlegt ist. Durch Homeoffice oder gemeinschaftliche Formen der Arbeit, z. B. in Gestalt von Co-Working-Spaces vor Ort, werden Angebote der Daseinsvorsorge vor Ort wieder verstärkt gebraucht und genutzt.

4. Welche Herausforderungen wir sehen

Die Initiative Digitale Landpionier:innen vereint Erfahrungen in der Umsetzung zahlreicher Projekte der kommunalen Entwicklung. Wir setzen uns mit den vorliegenden Politikempfehlungen ein, weil wir aus jahrelanger Praxis wissen, worin die größten Herausforderungen auf dem Weg zu lebenswerten, innovativen Kommunen bestehen, die die Möglichkeiten der Digitalisierung und der sich rasant wandelnden Arbeits- und Lebenswelt zu ihrem Vorteil nutzen. Der folgende Abschnitt skizziert einige der größten Herausforderungen, mit denen sich die digitalen Landpionier:innen auf dem Weg zu einer „Progressiven Provinz“ konfrontiert sehen.

Fehlendes Know-how und fehlende personelle Ressourcen

Eines der größten Hindernisse auf dem Weg zu mehr Innovation und Experimentierfreude in Kommunen sind die fehlenden personellen Ressourcen sowie zu viele Richtlinien und Vorschriften, die das an den Bürger:innen orientierte Verwaltungshandeln einschränken und kompliziert gestalten. Außerdem fehlt speziell in Fragen der Digitalisierung häufig das Know-how. Oft werden Mitarbeiter:innen der Kommunen zu Digitalisierungsexpert:innen berufen, die im Schwerpunkt andere Aufgaben auf der Agenda haben und dieses Zukunftsthema nur nebenbei bearbeiten können. Ohne das praktische Erfahrungswissen darum, wie sich die Möglichkeiten, die die Digitalisierung Kommunen bietet, nutzen lassen und wie neue digitale Dienste für die Bürger:innen Zusatznutzen schaffen, sind neue und innovative kommunale Angebote nur schwer umzusetzen. Dabei zeigt sich, dass gerade jene Kommunen, die das Know-how am dringendsten bräuchten, zu wenig davon haben.

Förderprogramme allein lösen nicht die Probleme des ländlichen Raums

Die unterschiedlichen Förderprogramme auf EU-, Bundes- und Landesebene bringen seit Jahren erhebliche Summen zur Entwicklung urbaner und ländlicher Räume in die besonders von den Folgen des demografischen Wandels betroffenen Regionen. Diese finanzielle Förderung ist für viele Regionen eine wichtige Unterstützung. Dabei sind Zielsetzung, Schnittstellen, Erfolge und Nachhaltigkeit geförderter Pilotprojekte aber oft unklar. Dies erschwert den Projektbeteiligten das Engagement und die Identifikation. Kaum hat die Projektarbeit begonnen, ist sie nach drei Jahren schon vorbei. Eine Anschlussförderung ist zumeist nicht vorgesehen. Die Kommunen und Landkreise können ihrerseits angesichts angespannter Haushalte und fehlender Personalressourcen oft ebenfalls nicht für die Verstetigung erfolgreicher Pilotprojekte sorgen, sodass diese trotz aller guten Ergebnisse und Erfolge oft ohne Zukunftssicherung

enden. Die Projektbeteiligten, die sich drei Jahre ehrenamtlich engagiert haben, sind auf sich allein gestellt. Einige Landkreise und Kommunen haben reagiert und integrieren Pilotprojekte nach dem Ende der Förderphase in die Kreisentwicklung. Sie entfristen Projektstellen und sorgen für eine nachhaltige Verankerung und Weiterentwicklung.

Viele Förderprogramme unterstützen nur neue Ansätze und setzen somit auf Innovation. Dabei ist mancherorts die Basis für Innovationen noch gar nicht geschaffen, sodass Innovation zwar einen strahlenden Effekt hat, sich aber nicht in den Alltag vor Ort integriert. Es fehlt an Programmen, die bei der Skalierung bewährter Ansätze helfen. Nach Ablauf der Förderzeit von Digitalisierungsprojekten werden diese häufig wieder eingestellt, weil es aufseiten der Politik versäumt wurde, eine Perspektive zur Verstetigung zu schaffen.

Die Förderlandschaft ist komplex und für den Laien angesichts unzähliger potenzieller Geldgeber auf EU, Bundes- oder Landesebene, die ihre Programme nicht aufeinander abstimmen, praktisch undurchschaubar. Kommunen benötigen Personal, das Erfahrung im Umgang mit Förderprogrammen hat. Wenn dieses Personal fehlt, lässt sich ein Zuschlag für eine Förderung nur schwer erzielen. Dies ist häufig in kleineren, finanzschwachen Kommunen der Fall, die Förderungen eigentlich am dringendsten bräuchten.

Auch hinsichtlich des Eigenanteils bei Förderprogrammen sind finanzschwache Kommunen und zivilgesellschaftliche Initiativen benachteiligt. In vielen Förderprogrammen, wie z. B. LEADER⁶, wird vom Fördergeber ein Eigenanteil bis zu 35 Prozent gefordert, den vor allem Vereine oder Dorfgemeinschaften nicht aufbringen können. So sind es häufig genug Städte sowie etablierte Organisationen und Unternehmen, die LEADER-Projekte genehmigt bekommen, da sie die Eigenmittel problemlos aufbringen können.

⁶ Liaison entre actions de développement de l'économie rurale (Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft): im Jahre 1991 von der Europäischen Union aufgelegtes Maßnahmenprogramm zur Förderung innovativer Aktionen im ländlichen Raum.

Durch diese schwierigen Bedingungen bei Förderprogrammen haben nicht alle die gleichen Chancen, sich um Förderprojekte zu bewerben, und Vereine und ehrenamtliche Gemeinschaften bleiben auf der Strecke.

Fehlender Breitbandausbau in abgelegenen Orten

Die Breitbandverfügbarkeit variiert in Deutschland nach wie vor sehr stark zwischen Stadt und Land. Für ländliche Regionen, in denen eine ausreichende Versorgung mit Breitband immer noch nicht sichergestellt ist und die viele weiße Flecken haben, bedeutet dies einen erheblichen Standortnachteil.

In sogenannten abgehängten Regionen bieten sich eigentlich Gestaltungsmöglichkeiten für Menschen, die Kreativität und Experimentierfreude mitbringen. Gerade diese Regionen werden jedoch häufig beim Breitbandausbau vernachlässigt, sodass sie sich nicht als Gestaltungsort für digitale Landpionier:innen anbieten. Deshalb betonen wir an dieser Stelle ausdrücklich die überragende Bedeutung von Breitbandausbau im ländlichen Raum.

Klar ist aber auch: Ein alleiniges Hoffen und Fokussieren der Kommunen auf den Breitbandausbau als Allheilmittel, das eine Region zukunftsicher macht, reicht nicht. Jeder Ort wünscht sich die beste und modernste Infrastruktur für die Bürger:innen, um alle heutigen und künftigen digitalen Anwendungen im ländlichen Raum nutzen zu können. Der Erwerb digitaler Kompetenz sowie die bedarfsgerechte Erprobung und Nutzung digitaler Dienste hängen jedoch nur zum Teil von einer bestmöglichen Internetanbindung ab, wie bundesweit bekannte Digitalprojekte wie Smart Country Side im Kreis Hörter bewiesen haben. Kreise und Kommunen und die von ihnen eilig neu geschaffenen Digitalisierungskordinator:innen fokussieren sich oft auf die Bereitstellung der technischen Infrastruktur und auf die Einwerbung von Fördermitteln. Dabei wird versäumt, ein strategisches Konzept zu entwickeln

und die Menschen vor Ort einzubinden, die am besten wissen, wie digitale Lösungen für soziale Innovationen und die Zukunftssicherung der Kommunen genutzt werden können.

Überforderung von Ehrenamtlichen

Digitalisierungsprojekte werden in ländlichen Kommunen häufig von der Verwaltung angestoßen und letztlich zu großen Teilen von ehrenamtlich tätigen Bürger:innen getragen. Die Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, sind zumeist die Kümmerinnen und Kümmerer sowie Ansprechpartner:innen im Ort und übernehmen bereits mehrfach Aufgaben in Vereinen und Organisationen. Nicht immer werden sie von der lokalen Politik und Verwaltung in ihrem Engagement unterstützt.

Das Engagement und die Beteiligung der Bürger:innen ist für die digitale Transformation in ländlichen Räumen unverzichtbar. Eine nahezu vollständige Abgabe von Verantwortung aber führt vielerorts zu einer fragilen Konstruktion. Zudem sind viele Ehrenamtliche vor Ort überfordert und geraten an ihre Belastungsgrenzen. Hier braucht es mehr professionelle Unterstützung und nachhaltige Investitionen – in die Digitalisierung ebenso wie in gute Infrastrukturen für bürgerschaftliches Engagement.

Förderprojekte, die auf bürgerschaftlichem Engagement basieren, haben in der Regel eine maximale Laufzeit von zwei bis drei Jahren und erfordern in der Beantragung, Durchführung, Abrechnung und Dokumentation einen hohen bürokratischen Aufwand. Es bedarf daher meist einer hauptamtlichen Koordination. Das Ehrenamt braucht das Hauptamt. Beide benötigen Zeit, um eine vertrauensvolle und wertschätzende Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu etablieren.

Zivilgesellschaft und Verwaltung haben divergierende Herangehensweisen und Interessen

Die Akteur:innen der Zivilgesellschaft benötigen Selbstbestimmung, Freiraum und Experimentierräume, während die Verwaltung sich im täglichen Entscheiden und Handeln an Richtlinien, Vorschriften und Gesetzen orientiert. Die Akteur:innen agieren in sehr unterschiedlichen Kontexten und sind sich oft fremd, was zu einer schwierigen Verständigung und zu vielfältigen Problemen in der Zusammenarbeit führt. Hier sehen wir großen Handlungsbedarf hinsichtlich eines Kultur- und Mentalitätswandels bei Politik und Verwaltung. Gesellschaftliche Veränderungen müssen proaktiv aufgegriffen werden und Einzug auf den Fluren der Bürokratie halten, denn alles Verwaltungshandeln hat keinen Selbstzweck, sondern dient allein dem Gemeinwohl der Bürger:innen.

Dörfer haben zu wenig Entscheidungskompetenz – Subsidiarität muss gestärkt werden

Nach der Gemeindegebietsreform gab es viel Frustration und Vertrauensverlust in den Dörfern, da sie vieles, was sie früher selbst entscheiden konnten, jetzt von der Kommune zentral, oft ohne Bürgerbeteiligung, verantwortet wird. Die Ortschaften haben viele gute Ideen und gehen oft mutig voran, sind also Innovationstreiber, haben aber wenig Entscheidungsbefugnisse. Bürger:innen fühlen sich als Bittsteller:innen, obwohl die Sach- und Fachkenntnis über die Situation und Bedarfe im Dorf bei den Einwohner:innen liegt und nicht bei der weit entfernten zentralen Verwaltungsstelle. Gemeinsinn und Engagement sind immer dort stark, wo Menschen sehen, dass das, was sie tun, einen positiven Effekt auf die Dorfgemeinschaft hat. Daher sollten die Selbstorganisation und Selbstbestimmung der Orte wieder mehr gestärkt werden (z. B. durch die Bereitstellung von Ortsbudgets). Es findet oft nur eine mangelhafte Partizipation der Zivilgesellschaft statt, d. h.

es wird nur informiert, statt Bürger:innen konsequent auf Augenhöhe an allen Prozessen und Entscheidungen zu beteiligen. Dazu gibt es heutzutage zahlreiche digitale Tools, die dies niedrigschwellig ermöglichen.

Fehlende Steuerung und Koordination aufseiten der Kommunen

Kommunen und Landkreisen fällt auf dem Weg, Innovation und Experimentierfreude für eine lebenswerte Kommune zu entwickeln, eine wichtige und vielfältige strategische Steuerungs- und Koordinationsfunktion zu.

Zu viele Digitalisierungsprojekte, gerade auch wenn sie geförderte Projekte sind, laufen neben dem Alltagsgeschäft einer Kommune nur nebenher. Viele Kreise und Kommunen wissen, dass eine Digitalisierungsstrategie ein gemeinsames Dach für alles Handeln jetzt und in Zukunft bilden kann, haben sich auf den Weg gemacht und sich ggf. um Fördermittel beworben. Häufig werden die Abteilungen und Mitarbeiter:innen aber nicht „mitgenommen“. Sie wissen nicht, wie sie die Strategie und die beschlossenen Maßnahmen in das alltägliche Verwaltungshandeln integrieren und ins Tagesgeschäft umsetzen sollen oder haben nicht die digitalen Kompetenzen dafür. Oft wird die Digitalisierungsstrategie auch nicht von einem notwendigen Kultur- und Mentalitätswechsel begleitet. Eine geschulte und gelebte Transformationskompetenz fehlt. Abteilungen, Personen und Projekte arbeiten nebeneinander her oder sind sogar im Konflikt, ohne dass es zu einer Verzahnung und Schnittstellen der Ideen und Aktivitäten kommt, die Mehrwerte für alle bringen.

Fehlende Visionen aufseiten von Politik und Verwaltung

Leuchtturm- und Förderprojekte mögen kurzfristige Zwecke erfüllen, aber am Ende sollte es aufseiten der Politik und Verwaltung eine klare, mit den Bürger:innen abgestimmte Vision geben, wo

die (digitale) Reise der Kommune/des Landkreises hinführen soll. Zu vielen Kommunen und Landkreisen reichen alte Rezepte und eine Fortsetzung des Status quo, sodass sie derzeit keinen dringenden Handlungsbedarf sehen, über Zukunftsgestaltung nachzudenken und sich auf neue Lösungen einzulassen.

Es gibt viele gute Ideen, die bereits erprobt sind, aber oft werden sie nicht gebündelt und gezielt dazu genutzt, um eine Region zukunftsorientiert zu gestalten.

Fehlender Überblick über Entwicklungen und bestehende Netzwerke

In vielen Kommunen und Landkreisen haben die handelnden Akteur:innen keinen oder zu wenig Ein- und Überblick, welche guten und nachhaltig ausgelegten Projekte es bereits gibt, die mit kreativen Ideen und Vorhaben eine „Progressive Provinz“ gestalten und die sich als Blaupause adaptieren ließen. Der Blick und das Interesse über den Tellerrand oder über die eigene Kommune hinaus fehlen. Globale Megatrends wie Digitalisierung und Klimawandel erreichen den ländlichen Raum, aber daraus erwächst nicht immer proaktives Handeln, sondern häufig krisengesteuertes Regieren. Für zukunftsorientiertes Denken und Handeln bleibt keine Zeit. Aber auch Kommunen und Landkreise benötigen heutzutage eine Zukunftsaufgabe, die alle Bereiche überdenkt und an den künftigen Anforderungen ausrichtet.

Es fehlt auch ein Überblick über die relevanten kreativen Akteur:innen, die bereits viel praktische Erfahrungen darin haben, neue Ideen und Impulse in Kommunen zu bringen und mit den Menschen vor Ort umzusetzen. Sie werden von Politik und Verwaltung oft nicht gefördert, unterstützt und wertgeschätzt, sondern als Exot:innen und Einzelkämpfer:innen gesehen. Dies gilt insbesondere dann, wenn sie keine Wurzeln vor Ort haben.

Fragen an digitale Landpionierin Stephanie Arens

(Prokuristin Südwestfalen Agentur)

„Kommunen finden nicht mehr durch den Förderdschungel“

In Südwestfalen, einem regionalen Zusammenschluss der fünf Landkreise Soest, Olpe, Siegen-Wittgenstein, Märkischer Kreis und Hochsauerlandkreis, hat das kooperative Miteinander bei der Zukunftsgestaltung eine zentrale Bedeutung und ist einer der Leitsätze der Vision 2030 für Südwestfalen, die als strategische Grundlage für die Bewerbung um verschiedene Strukturprogramme wie die REGIONALE 2025 oder das Bundesmodellvorhaben Smart Cities fungiert. So entwickeln sich fünf Kommunen gemeinsam zu Smart Cities: 5 für Südwestfalen. Die Südwestfalen Agentur ist als „Spinne im Netz“ koordinierend und maßgeblich an dem Projekt beteiligt. Im Interview berichtet die Prokuristin der Südwestfalen Agentur, Stephanie Arens, über das Vorhaben und Stolpersteine bei der Bewerbung für Förderprojekte.

Welchen Ansatz verfolgen Sie bei Smart Cities: 5 für Südwestfalen?

Arens: In dem Projekt, einem Bundesmodellvorhaben, möchten die fünf beteiligten Kommunen Soest, Menden, Arnsberg, Bad Berleburg und Olpe die digitale Transformation gemeinsam angehen. Smart City ist ein großes Feld: Es geht darum, wie wir unsere Städte klug und nachhaltig aufstellen, wie wir unsere Verwaltung neu organisieren. Es geht um Bürgerbeteiligung, eine neue Organisation der Mobilität und vieles mehr. Die Bürgermeister der nun beteiligten Kommunen wollten die Herausforderungen und Chancen rund um die digitale Transformation gemeinsam und arbeitsteilig angehen – dies auch vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen. Großstädte wie Dortmund, Darmstadt oder Bonn haben hier ganz andere Möglichkeiten, an das Thema heranzugehen. Wir haben uns deshalb für den regionalen Ansatz entschieden, weil wir voneinander profitieren, wenn wir gemeinsam vorangehen.



Woraus besteht dieses Miteinander?

Arens: Die ersten beiden Jahre waren vorgesehen, um eine gemeinsame strategische Grundlage zu schaffen, das Leitmotiv ist hier die Südwestfalen-DNA – wir wollen uns digital, nachhaltig und authentisch, also zur Region passend, weiterentwickeln. Die Rahmenstrategie wurde nun verabschiedet und bildet einen Orientierungsrahmen für die fünf teilnehmenden Kommunen, aber auch für alle weiteren 54 Kommunen in Südwestfalen. Denn die anderen Kommunen können die Strategie als gemeinsames Commitment übernehmen. Der Wissenstransfer wird über unsere sogenannte Smart Cities: Schule organisiert. Vor Ort können die Kommunen die Strategie nochmals schärfen, indem sie diese auf ihre lokalen und individuellen Bedürfnisse anpassen.

Die Kommunen setzen dann unterschiedliche Schwerpunkte. Die Erfahrungen werden immer miteinander geteilt, sodass andere davon profitieren können. Arbeitsteiliges Vorgehen funktioniert hier richtig gut. Außerdem gibt es ein gemeinsames „Leitprojekt“, in dem eine offene regionale Datenplattform entwickelt wird. Eine IT-Basisinfrastruktur wird geschaffen für verschiedene Anwendungen wie z. B. Bürgerportale, die dann alle Kommunen nutzen beziehungsweise für sich adaptieren können.

Welche Akzente setzen die einzelnen Kommunen?

Arens: Menden treibt vor allem das gemeinsame Thema Offene Regionale Datenplattform voran und Soest hat beispielsweise das Thema Datenstrategie vo-

rangetrieben. Die Stadt Bad Berleburg hat ihre Smart-City-Strategie sehr eng an ihre Nachhaltigkeitsstrategie geknüpft. Arnsberg ist stark im Bereich Bildung und Bürgerbeteiligung unterwegs. Olpe setzt das Schwerpunktthema New Work.

Welche Wirkung entfaltet das Modellprojekt?

Arens: Bis zu dem Modellvorhaben spielte das Thema Smart City in unserer Region keine große Rolle. Jetzt denken wir das Thema neu für eine ganze Region. Für die Bürger:innen liegt der Vorteil darin, dass Prozesse durch digitale Anwendungen vereinfacht werden. Sie werden dann einen einfacheren Zugang zur Verwaltung und zu bürgernahen Dienstleistungen haben und profitieren von einem besseren Leben in der Stadt. Ein Beispiel wäre etwa die BürgerWOLKE in Soest. Dort werden durch über 100 in der Stadt verteilte Sensoren lokale Klimadaten erfasst und öffentlich zur Verfügung gestellt. Damit soll ein Frühwarnsystem aufgesetzt werden, sodass die Menschen besser über Hitzeentwicklungen, hohe Emissionswerte oder Hochwassergefahren gewarnt werden können.

Inhaltlich eng verbunden mit dem Smart-Cities-Prozess ist die REGIONALE 2025 in Südwestfalen, ein Strukturprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen zur regionalen Entwicklung. Darüber kann die Region konkrete innovative Projekte mithilfe einer Förderpriorisierung des Landes Nordrhein-Westfalen umsetzen. Das Besondere dabei ist, dass die Projektträger:innen in einem regionalen Qualifizierungsprozess von der guten Idee bis zur Umsetzung eines Projekts eng begleitet und auch Synergien zwischen Projekten und Programmen aus der gesamten Region gesucht und miteinander „gematcht“ werden. So entstehen in der REGIONALE 2025 z. B. weitere Anwendungsfälle für die Offene Regionale Datenplattform, die wiederum im Smart-Cities-Prozess erarbeitet wurde oder städtebauliche Projekte, die inhaltlich das New-Work-Konzept aufgreifen. Beide Programme, REGIONALE 2025 und Smart Cities, greifen also eng ineinander.

Welche Erfahrung haben Sie mit der Projektförderung gemacht?

Arens: Die Beantragung und die Fördermodalitäten rund um das Smart-Cities-Bundesmodellvorhaben waren und sind relativ einfach. Manche Förderprogramme sind jedoch sehr kompliziert gestaltet und werden oft nicht gut kommuniziert. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass z. B. Projektträger:innen ein dreistufiges Verfahren durchlaufen müssen, obwohl ihnen das so nicht vermittelt wurde. Sie hatten einen Antrag eingereicht, der im Anschluss aber nur als Interessenbekundung bezeichnet wurde. Sie mussten dann einen weiteren Antrag mit ergänzenden Unterlagen nachreichen, einen sogenannten Vorantrag, und dann noch einen finalen Antrag schreiben. Wenn es tatsächlich ein dreistufiges Verfahren ist, dann muss man es auch von Anfang so benennen, damit man sich darauf einstellen kann – oder es direkt vereinfachen. Das ist Projektträger:innen sonst fast nicht mehr vermittelbar.

Wie einfach oder wie schwierig ist es für Kommunen, das richtige Förderprojekt auszuwählen?

Arens: Die Förderlandschaft in Deutschland ist mittlerweile sehr unübersichtlich, sodass dies ländliche Regionen und kleine Kommunen kaum noch durchschauen können. Die Kommunen finden nicht mehr durch den Förderdschungel. Es ist natürlich gut, dass sehr viel Geld im Fördersystem bereitsteht. Wenn aber jedes Ministerium ein eigenes Förderprojekt und dann womöglich auch noch zum gleichen Thema aus der Tasche zieht, verlieren die Kommunen und Akteur:innen die Orientierung und wissen überhaupt nicht mehr, welches Förderprogramm für sie das geeignetste ist. Die Ministerien auf Landes- und Bundesebene müssen sich hier aus meiner Sicht viel besser abstimmen und integrierter denken, so wie es von Projektträger:innen oft auch bei Inhalten und Projektschritten verlangt wird.

Welche Punkte erschweren die Projektarbeit noch?

Arens: Die Projektlaufzeiten sind oft zu kurz. Meistens nur drei Jahre oder in letzter Zeit auch verstärkt nur 18 Monate. In einer Laufzeit von 18 Monaten können Sie z. B. Konzeptprojekte entwickeln oder vielleicht auch ein einfaches digitales Projekt umsetzen, das ist in Ordnung. Wenn es aber um die Umsetzung von Pro-

jekten gerade auch zu neuen ungeübten Themen geht, die vor Ort eine Strukturwirksamkeit entwickeln sollen und in denen z. B. auch eine Person gesucht und eingestellt und eine Projektstruktur aufgebaut werden muss, ist das viel zu kurz. Dann ist die Zeit schnell verfliegen, ehe ein Projekt richtig aufgestellt und implementiert ist, damit es danach nachhaltig und auch ohne Förderung weiterlaufen kann.

Was passiert, wenn es keine Nachförderung gibt?

Arens: Das bedeutet in vielen Fällen, dass viele sinnvolle Projekte nicht mehr weitergeführt werden können. Sie verlaufen dann im Sande, was eigentlich nicht im Sinne der Fördergeber sein kann. Gute Erfahrungen haben wir damit gemacht, wenn Kommunen eine Stelle einrichten, die sich allein um das Fördermittelmanagement und die Fördermittelakquise kümmert – auch wenn z. B. eine Nachförderung notwendig wird. Die Kosten für die Stelle werden dann durch die eingeworbenen Förderungen leicht wieder hereingeholt.

Weitere Informationen zu Smart Cities und REGIONALE 2025 finden Sie in den Projektbeschreibungen (Seite 41) und unter den Websites: smartcities-suedwestfalen.com und suedwestfalen-agentur.com.

5. Was wir vorschlagen – Unsere Politikempfehlungen

Die Akteur:innen unserer **Initiative Digitale Landpionier:innen** vereinen viel Erfahrungswissen darin, wie die Herausforderungen im ländlichen Raum auf dem Weg hin zu lebenswerten, progressiven und die Chancen der Digitalisierung nutzenden Regionen bewältigt werden können. Unsere Empfehlungen an Politik und Verwaltung stellen wir hiermit einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung.

I. Innovative Kommunalverwaltung

Die Sicherung der Lebensqualität in deutschen Kommunen setzt angesichts erheblicher Herausforderungen wie demografischer Wandel, Digitalisierung oder auch Klimawandel eine innovative Kommunalverwaltung und -politik voraus. Dies gilt auch für Kommunen im ländlichen Raum, die im Besonderen mit Problemen wie dem demografischen Wandel konfrontiert sind.

Mut für Experimente

Eine moderne, innovative Kommunalverwaltung handelt als Ermöglicherin sozialer Innovationen, die das Potenzial haben, die Lebensqualität vor Ort zu steigern. Die Digitalisierung bietet dabei gute Voraussetzungen und Chancen, soziale Innovationen vor Ort zu forcieren. Die in der **Initiative Digitale Landpionier:innen** versammelten Projekte sind alle auf die Unterstützung durch die sowie die Zusammenarbeit mit der Verwaltung angewiesen. An die Spitze der Ermöglicher:innen haben sich dabei in vielen Kommunen engagierte Bürgermeister:innen gesetzt, die Neues ausprobieren und sich auf Experimente zur kreativen Stadt- und Dorfentwicklung einlassen. Eine Innovationskultur, die funktioniert, ermöglicht soziale Innovationen in den Kommunen und bringt ein neues, verbessertes Daseinsvorsorgeangebot.

INFOBOX

WARUM Mut für Experimente WICHTIG IST – BEISPIEL AUS DER PRAXIS

Im Ortsteil Blumenfeld der Gemeinde Tengen befindet sich ein historisches Schloss, das zuletzt als Pflegeheim genutzt wurde. Seit Anfang 2017 ist Schloss Blumenfeld ungenutzt. Deshalb hat sich die Stadt Tengen entschieden, mit dem Summer of Pioneers eine experimentelle und kooperative Form der Stadtentwicklung zu erproben. In einem Wettbewerb wurden 20 Kreative und Digitalarbeiter:innen ausgewählt, die sechs Monate im Schloss wohnten und gemeinsam mit den Menschen vor Ort verschiedene Nachnutzungskonzepte erarbeiteten und im Testbetrieb umsetzten. Zentrales Ergebnis: Es ließen sich neue Nutzungsformen für das Schloss herausarbeiten, von der temporären Vermietung von Zimmern über den Betrieb des Hofcafés und eines Co-Working-Spaces bis zu (Kultur)Veranstaltungen. Der Bürgermeister Marian Schreier brachte den Summer of Pioneers unter Einbezug der örtlichen Bevölkerung, die das Projekt von Anfang an unterstützte, nach Tengen. (Mehr Infos unter Projektbeschreibungen auf Seite 43.)

Innovations- und Moderationskompetenz aufbauen

Veränderungsprozesse in Kommunen sollten nicht mit technischen Fragen, sondern mit sozialen Fragen beginnen. Wie wollen wir in Zukunft leben? Was soll unsere Kommune nach außen hin repräsentieren? Digitale Lösungen unterstützen diesen Prozess. Für die Aushandlung der Ziele und Maßnahmen benötigen Kommunen Moderationskompetenz. Bund und Länder sollten Weiterbildungsangebote für soziale Techniken und Organisationsentwicklung im ländlichen Raum für Bürgermeister:innen, Gemeinderatsmitglieder und andere lokale Akteur:innen entwickeln und anbieten. Außerdem könnten z. B. auf Landkreisebene angesiedelte Innovationsmoderator:innen in ländlichen Räumen für die Verbreitung von

Kompetenzen auf Projekt- und Gemeindeebene sorgen. Sie könnten soziale Techniken (Moderation, Gruppenprozesse, Ideenentwicklung), Umgang mit digitalen Tools oder agiles Projektmanagement vermitteln und lokale Akteur:innen mit entsprechenden Netzwerken und Plattformen vertraut machen.

Netzwerke knüpfen

Ein Blick über die Grenzen der eigenen Kommune hinaus ist von besonderer Bedeutung. Nur wer von innovativen Akteur:innen und Netzwerken weiß, die mit ihren Ansätzen und Projekten den ländlichen Raum voranbringen, kann wichtige Kontakte knüpfen, bestehende Lösungen adaptieren oder gemeinsam an neuen Lösungen tüfteln. Mehr regionale Zusammenarbeit ist in diesem Zusammenhang wichtig. Das Motto sollte lauten: „Kooperation statt Kirchturm“. Wer sich in regionalen oder auch überregionalen Netzwerken bewegt, erhält Inspiration von außen – unter Umständen auch aus dem Ausland, wo es viele Entwicklungen hin zu einer modernen Verwaltung auf lokaler Ebene schon gibt.

Gemeinwohlorientierte Netzwerke sollten von Bund, Land oder Kommunen finanzielle Förderung erhalten. Außerdem sollten Wissensplattformen und Lernformate, die sich aus dem Erfahrungswissen der gemeinwohlorientierten Netzwerke speisen, gefördert werden. Dabei sollten Synergien zwischen den Netzwerken genutzt werden, um Übersichtlichkeit zu schaffen und eine kollektive Wirkung zu entfalten.

INFOBOX

WARUM Netzwerke knüpfen WICHTIG IST – BEISPIEL AUS DER PRAXIS

Die Grundlage für Kooperation – das Vertrauen in den Mehrwert – kann mithilfe von Projekten geschaffen werden. Das Beispiel Smart Cities: 5 für Südwestfalen zeigt, dass es zielführend ist, vernetzt und kooperativ an gemeinsamen Projekten, wie z. B. einer offenen regionalen Datenplattform, zu arbeiten. Eine Kommune allein könnte das nicht stemmen. Die vorhandenen Ressourcen werden gemeinsam genutzt (siehe auch Projektbeschreibung auf Seite 41). Zudem schafft ein solches Projekt einen Mehrwert für die ganze Region und hilft, technische Verinsellungen zu vermeiden und in einer Kommune entwickelte digitale Anwendungen rasch anderen Kommunen zur Verfügung zu stellen. Auch die sogenannten REGIONALEN tragen zu Kooperationen bei. REGIONALEN sind als Strukturförderprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen bundesweit einzigartig. Ziel ist es, auf der Grundlage eines gemeinsamen Konzeptes, Entwicklungspotenziale und Lösungen für die Zukunft zu finden. Es geht um eine übergeordnete Strategie für eine ganze Region. Zur Zeit finden in Nordrhein-Westfalen drei REGIONALEN statt: OWL 2022 – UrbanLand, Bergisches Rheinland 2025, Südwestfalen 2025 – digital, nachhaltig, authentisch. (Mehr Infos: mhbkg.nrw/themen/bau/land-und-stadt-foerdern/regionale-zusammenarbeit.)

Ansprechpartner:innen:

Julia Paaß, Netzwerk Zukunftsorte

Frederik Fischer, Neulandia

Stephanie Arens, Südwestfalen Agentur GmbH

II. Offene Treffpunkte

Kommunen brauchen Orte, die den Bürger:innen die Möglichkeit geben, zusammenzukommen, sich auszutauschen, um so den Gemeinsinn zu fördern. In vielen kleineren Kommunen im ländlichen Raum gibt es solche gemeinschaftlichen Orte jedoch nicht mehr.

Offene Treffpunkte mit unterschiedlichen Funktionen schaffen

Offene Treffpunkte, wie Dorfgemeinschaftshäuser, schaffen den Raum für den so wichtigen Austausch unter den Bürger:innen. Es spielt dabei weniger eine Rolle, welchen ursprünglichen Funktionszweck ein Ort für einen offenen Treffpunkt einmal hatte. Viele gute Beispiele zeigen, dass sich mehrere Funktionen unter einem Dach vereinen lassen: Dorfladen, Poststelle, Co-Working-Space, Makerspace usw. In Multifunktionshäusern lassen sich z. B. auch tageweise unterschiedliche Nutzungen integrieren: An einem Tag kommt eine Ärztin und am folgenden Tag werden Lebensmittel verkauft.

Offene Treffpunkte können einen gemeinschaftlichen, einen beruflichen oder einen gewerblichen Zweck erfüllen. Oder sie erfüllen alle drei Zwecke gleichzeitig – wie z. B. die Scheune Prädikow in Brandenburg (siehe Projektbeschreibung auf Seite 40). Akteur:innen vor Ort müssen in den Aufbau solcher offenen Treffpunkte eingebunden und sozialunternehmerische Konzepte unterstützt werden.

Vernetzung offener Treffpunkte

Offene Treffpunkte sind Orte, an denen Wissensaustausch stattfindet. Sie sind Orte der Vernetzung. Die offenen Treffpunkte sollten sich auch untereinander vernetzen, um den Wissensaufbau und Wissenstransfer zu organisieren. Sie können dazu beitragen, „Kooperation statt Kirchturm“ Wirklichkeit werden zu lassen und interkommunale Synergien zu nutzen. Dies kann auch dazu beitragen, längst verloren geglaubte ländliche Praktiken und ländliches Wissen wiederzubeleben.

Experimentierräume schaffen

Orte innerhalb einer Kommune, die als offene Treffpunkte dienen, können auch als gemeinsame Experimentierräume von Verwaltung und Bürger:innen genutzt werden. Dabei kann die Kommune eine Orchestrierungsrolle einnehmen. Vieles wird „top-down“ angestoßen und unterstützt, aber am Ende sollen insbesondere die Bewohner:innen befähigt und unterstützt werden, gestaltend aktiv zu werden und im gewissen Rahmen eigenverantwortlich zu wirken. Solche „Erlebnisorte“ sollten dann auch in der Region sichtbar gemacht werden, damit das vorhandene regionale Potenzial transparent wird. Regionale Experimentierorte erhalten Aufmerksamkeit und nicht zuletzt auch Unterstützung aus der Region (z. B. durch regional engagierte Wirtschaftsunternehmen). Auch diese Räume können multifunktional angelegt sein. Ein Co-Working-Space könnte die Basis eines solchen Ortes werden. Co-Working-Spaces sind zuverlässig geöffnet, für jeden zugänglich und bieten häufig weitere bedarfsorientierte Angebote wie Dorfladen oder Café. In Schleswig-Holstein werden regionale Co-Working-Spaces von der Landesverwaltung bereits genutzt. Landesbedienstete können entscheiden, in welchem Co-Working-Space sie ihrer Arbeit nachgehen wollen.

Ansprechpartner:innen:

Ulrich Bähr, CoWorkLand eG⁷

Julia Paaß, Netzwerk Zukunftsorte⁸

Frederik Fischer, Neulandia

7 Für weitere Impulse zu Co-Working-Spaces auf dem Land siehe auch die von Ulrich Bähr et al. verfasste Studie: „Coworking im ländlichen Raum. Menschen, Modelle, Trends“. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Coworking_im_laendlichen_Raum.pdf. (Download 8.12.2021).

8 Für weitere Impulse zu offenen Treffpunkten siehe auch das von Julia Paaß et al. verfasste: „Vision 2030. 1000 Orte für die Zukunft in Ostdeutschland“. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Smart_Country/Vision_Zukunftsorte_201214_lang.pdf (Download 8.12.2021).

III. Fördermittel und Haushalt

Viele Kommunen sind bei der Umsetzung neuer innovativer Vorhaben auf Förderprogramme der EU, des Bundes oder der Länder angewiesen. In Abschnitt 4 „Welche Herausforderungen wir sehen“ (ab Seite 14: „Förderprogramme allein lösen nicht die Probleme des ländlichen Raums“) ist aufgeführt, an welchen Stellen sich Förderprogramme aber auch nachteilig auswirken können. Auf Basis dieser Erfahrungen mit zahlreichen Förderprojekten unterbreiten wir die folgenden Empfehlungen bezüglich „Fördermittel und Haushalt“.

Fördermittellots:innen installieren

Für kleinere Kommunen sollte es auf Kreisebene oder in interkommunalen Verbänden Fördermittellots:innen geben, die eine Übersicht über die Vielzahl an Förderprogrammen haben. Fördermittellots:innen könnten Kommunen frühzeitig auf passende Förderprogramme hinweisen, sodass sie im „Windhund-Verfahren“ (die schnellsten erhalten die Fördergelder) mancher Förderprogramme eine realistische Chance haben. Mitunter entstehen kommunale, geförderte Projekte nur, weil es dafür vorhandene Förderprogramme und viel Geld gibt. Die Fördermittellots:innen könnten stattdessen auch dafür sorgen, dass für konkrete, am Bedarf der Kommune ausgerichtete Projekte passende Förderprogramme gefunden werden. Außerdem können sie die Kommune bei Antragsstellung kompetent unterstützen.

Bessere Verzahnung und Abstimmung zwischen Förderprogrammen

Förderprogramme für Kommunen müssen besser unter den Geldgebern abgestimmt werden. Dies sollte insbesondere auf Bundesebene gelten, auf der es häufig verwandte Förderprogramme von unterschiedlichen Ministerien gibt. Förderprogramme zur Digitalisierung in Kommunen werden z. B. durchgeführt vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI), Bundesminis-

terium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWi) oder dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV). Schwieriger fällt eine Abstimmung zwischen geldgebenden Stellen auf den Ebenen EU, Bund und Bundesländer. Auch wenn hier eine engere Abstimmung wünschenswert wäre, so scheint dies in der Praxis angesichts isolierter Entscheidungswege kaum durchsetzbar.

Erfolgreiche Förderprojekte in Regelförderung der Bundesländer übernehmen

Förderprojekte, die ihre Wirksamkeit unter Beweis gestellt haben, z. B. durch begleitende Forschung, sollten in die Regelförderungen der Bundesländer übernommen werden. So ließen sich erfolgreich erprobte Projekte verstetigen und in der Fläche skalieren.

Eigenbeteiligung in Förderprogrammen senken

Die Eigenbeteiligung von teilweise 30 Prozent stellt für viele, insbesondere hoch verschuldete Kommunen eine Zugangsbeschränkung zu Förderprogrammen dar. Dies führt teilweise dazu, dass jene Kommunen, die Fördergelder am dringendsten brauchen, sie nicht erhalten. Sie können die Eigenbeteiligung nicht aufbringen und infolgedessen auch keine Fördergelder beantragen. Die Eigenbeteiligung sollte daher in vielen Förderprogrammen deutlich reduziert oder alternative Formen von Eigenmitteln sollten akzeptiert werden, wie z. B. Verwaltungsleistungen der Kommune, private Spenden oder Eigenleistungen der Akteur:innen. Denn auch eine reduzierte Eigenbeteiligung von zehn Prozent stellt für manche Kommunen ein Hindernis dar. Höhere investive Schlüsselzuweisungen würden diesen Kommunen mehr Handlungsspielraum und somit auch die Finanzierung einer reduzierten Eigenbeteiligung ermöglichen.

Mehr investive Schlüsselzuweisungen und weniger Förderprogramme

Die gängigen Förderprogramme gehen meist einher mit aufwendiger Bürokratie in Antrag und Abwicklung. Sie bewirken eine Fremdsteuerung durch die Fördermittelgeber und überfordern kleine und finanzschwache Kommunen. Investive Schlüsselzuweisungen können diese Probleme überwinden. Sie sind indikatorbasierte jährliche Transfers, die von den Kommunen ausschließlich investiv genutzt werden dürfen; ohne Förderrichtlinien, Anträge, Verwendungsnachweise und unabhängig vom Haushaltsausgleich. Diese Zuweisungen garantieren jeder Kommune einen Grundstock an Mitteln, mit denen sich z. B. auch die Eigenanteile von Förderprogrammen finanzieren lassen könnten. Neue Fördermittel für die großen Themen unserer Zeit, z. B. Digitalisierung und Klimawandel, sollten über solche Zuweisungen finanziert werden, denn sie fördern Innovationen vor Ort. Im Sinne der Transparenz sollten die Kommunen ein formloses Reporting über Maßnahmen und Wirkungen an die lokale Öffentlichkeit leisten, um Diskussionen zu ermöglichen.

Wirkung und Transparenz statt Bürokratie

Die Bürokratie der Förderprogramme ist eine Eintrittsbarriere für viele Kommunen und gemeinwohlorientierte Initiativen. Förderprogramme stehen zwangsläufig unter dem Zielkonflikt, einerseits aufwandsarm umsetzbar zu sein. Andererseits sollen sie dem Fördermittelgeber Kontrolle über die Mittelverwendung ermöglichen. Für kleine Kommunen oder gemeinnützige Antragsteller ist die bürokratische Hürde aus Anträgen und Verwendungsnachweisen oft prohibitiv hoch. Dieses Problem wird angesichts der zunehmenden Überlastung ländlicher Kommunen (fachliche Komplexität, Fachkräftemangel, offene Stellen) weiter anwachsen und die Nutzung von Förderprogrammen akut hemmen.

Die Fördermittelgeber sollten mehr Freiräume einräumen und die kommunalinternen Kontrollmechanismen (Gemeinderat, Rechnungsprüfungsausschuss) stärker nutzen. Bagatellgrenzen sollten dafür sorgen, dass nicht jede kleinste Ausgabe nachgewiesen werden muss. Die Förderung von bestimmten Zielen über Pauschalbeträge und eine Berichtspflicht an die lokale Öffentlichkeit würde Innovationen ermöglichen und den oben genannten Zielkonflikt mindern. Das Bereitstellen von Haushaltsdaten als offene Daten wäre ein weiterer Schritt in Richtung mehr Transparenz.⁹

Förderung neuer Kreativorte im ländlichen Raum

Im ländlichen Raum fehlen häufig Orte, an denen kreatives Potenzial zur lokalen, gemeinwohlorientierten Entwicklung freigesetzt wird. In einigen Kommunen haben sich Menschen zusammengeschlossen, um Zukunftsorte (siehe Projektbeschreibung auf Seite 40), KoDörfer und Kreativorte aufzubauen und zu betreiben. Die Förderung dieser Vorhaben gestaltet sich häufig sehr umständlich und betrifft mehrere unterschiedliche Geldgeber. Ein beim Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) oder beim neuen Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) angesiedeltes Förderprogramm könnte die Förderung neuer Kreativorte aus einer Hand übernehmen. Ein solches Förderprogramm könnte auch die Schlagseite, die das Förderprogramm Smart Cities des BMI in Richtung größere Städte hat, austarieren.

⁹ Siehe dazu z. B. die Plattform „Offener Haushalt“ in Österreich: <https://www.offenerhaushalt.at/>.

INFOBOX

WARUM Förderung neuer Kreativorte im ländlichen Raum WICHTIG IST – BEISPIEL AUS DER PRAXIS

Für die Scheune Prädikow (siehe Projektbeschreibung auf Seite 40) wurde für die partizipative Entwicklung mit dem Dorf, für Sanierung, Ausbau und Ausstattung, für die Entwicklung des Betreibermodells sowie für die Kommunikation und Inbetriebnahme des multifunktionalen Dorftreffpunkts über eine Million Euro an Fördergeldern in Anspruch genommen. Hierzu waren sechs Förderprogramme nötig:

- LEADER (EU)
 - Land.Digital (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft)
 - Forum Gemeinschaftliches Wohnen e. V. (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)
 - Deutsche Postcode Lotterie
 - Open Heritage (EU-Forschungsprogramm)
 - Neulandgewinner (Robert Bosch Stiftung)
- Hinzu kamen ein Kredit und viele Spenden. Die Förderakquise und -betreuung hat enorme zeitliche Ressourcen verschlungen.

Kreisbudgets für Innovationsprojekte

Die Bundesländer sollten Kreisbudgets schaffen, die den Kreisen auf Basis der Einwohnerzahl zugeteilt werden. Die Kreise können diese Gelder dann eigenständig für innovative Projekte von Kommunen oder der Zivilgesellschaft nutzen. Inhaltliche Vorgaben der Länder zur Mittelverwendung werden nicht gemacht. Nach einem festgelegten Zeitraum von z. B. drei Jahren wird durch die Kreise berichtet, welche Erfahrungen und Wirkungen sich aus diesen Projekten ergeben. Auf diese Weise werden Projekte und deren Wirkungen transparent und die Akteur:innen können auch überregional voneinander lernen. Eine Förderung im Rahmen von Kreisbudgets kann die Beteiligung der Bürger:innen vor Ort besser sicherstellen und damit ein hohes Maß an Wertschätzung des zivil-

gesellschaftlichen Engagements gerade in sogenannten abgehängten Regionen bieten.

Ansprechpartner: Prof. Dr. René Geißler, Technische Hochschule Wildau¹⁰

IV. Bürger:innenbeteiligung

Um als Wohnort für Menschen attraktiv zu sein, diese als Einwohner:innen zu gewinnen bzw. in der Gemeinde zu halten, ist es wichtig, sie in Entscheidungsprozesse einzubeziehen und ihnen die Gelegenheit zu geben, eine für sie lebenswerte Stadt mitzugestalten.

Transparenz schaffen

Eine Kommune, die Bürgerbeteiligung ernst nimmt, muss für Transparenz sorgen. So sollten alle Bürger:innen die Möglichkeit haben, Einblick in aktuelle Stadtratsthemen sowie die gegenwärtige Situation der Kommune zu erhalten. Dies kann in Form einer digitalen Plattform umgesetzt werden, auf der alle wichtigen Themen sowie Daten (auch als Open Data) abrufbar sind.

Um nicht nur digitalaffine Bürger:innen teilhaben zu lassen, muss auch für nicht digitalaffine Bürger:innen eine Informationsquelle bereitgestellt werden, z. B. in Form von Bürgerratssitzungen. Bei Beteiligungsprozessen müssen alle Bürger:innen die Möglichkeit haben, sich einzubringen.

Ebenso wie bei der Prozessgestaltung und -durchführung sollten die Bürger:innen auch über die Ergebnisse der jeweiligen Projekte informiert werden. Dies kann beispielsweise in Form von Geschäftsberichten geschehen. Eine Bereitstellung von Kennzahlen als offene Daten erhöht die Transparenz von Prozessen, zeigt die Dringlichkeit von Handlungen auf und kann Veränderungen über die Zeit hinweg dokumentieren.

¹⁰ Für weitere Impulse zu kommunalen Haushalten und Förderprogrammen siehe auch Geißler 2021.

Mitbestimmung auf Basis von Befragungen zur Lebensqualität

Auf der Basis transparenter Informationen können Bürger:innen besser in lokale Projekte eingebunden werden. Es braucht zielgerichtete Prozesse und die Sichtweisen der Bürger:innen, um die passenden Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität vor Ort zu finden.

Der Begriff „lebenswert“ ist sehr breit und kann von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich interpretiert werden. Daher sollten Bürger:innen regelmäßig nach ihrer Sichtweise befragt werden. So lassen sich Defizite aufzeigen und spätere Maßnahmen finden mehr Akzeptanz. Außerdem lassen sich durch regelmäßige Befragungen positive Entwicklungen infolge der getroffenen Maßnahmen dokumentieren.

Es gibt Merkmale, mit denen sich die Attraktivität einer Stadt konkret beschreiben lässt (z. B. Kulturangebote, ÖPNV u. v. m.). Kommunen können ihre Bürger:innen befragen und diese Merkmale bewerten lassen. Zum einen wird gefragt, wie wichtig die einzelnen Merkmale für eine lebenswerte Kommune sind. Darauf aufbauend wird gefragt, wie sich diese Merkmale in Bezug auf die Attraktivität der eigenen Stadt einordnen lassen. Aus den Ergebnissen werden Interventionsindikatoren gebildet, die die Unterschiede zwischen Wunsch und Wirklichkeit ermitteln und so die Dringlichkeit von Handlungsbedarfen aufzeigen.¹¹

Formate für Demokratieprozesse

Verschiedene Formate eignen sich für die Beteiligung von Bürger:innen an Veränderungsprozessen einer Kommune. In einem Bürgerhaushalt beispielsweise kann der Ideenreichtum der Menschen genutzt werden, indem Bürger:innen Ideen für Projekte in der Kommune einreichen und darüber abstimmen können. Dafür wird von der Kommune ein bestimmter Betrag im Haushalt vorgesehen.

Eine Betroffenenplattform kann dabei unterstützen, die Bürger:innen und ihre Bedürfnisse und Anregungen aufzugreifen. Auf dieser Plattform kann die Bevölkerung auf einen Blick sehen, welche Beschlüsse des Kreistags oder der Gemeindevertretung sie räumlich betreffen. Außerdem sollte sie die Möglichkeit zur direkten Interaktion zwischen Kreistagsmitgliedern, Ratsvertreter:innen und Bürger:innen bereitstellen. Auf diese Weise können bereits im Vorfeld von Beschlüssen die Stimmungen von Bürger:innen in die Meinungsbildung einfließen.

Ein Bürger:innenrat bzw. ein Dorfparlament bietet Schnittstellen für Beteiligung zwischen Politik und Bürgerschaft, die durch eine externe Moderation begleitet werden kann.

Für eine Einbindung von Bürger:innen mitsamt ihren Ideen für die kommunale Entwicklung eignet sich der offizielle Rahmen, den eine Ratssitzung mit sich bringt, nicht gut. Bürgersprechstunden in offenen Treffpunkten schaffen eine entspanntere Atmosphäre und eignen sich besser zur Diskussion. Aber auch neuere Formate wie Zukunftswerkstätten mithilfe einer professionellen Moderation oder ein BarCamp, das viel Raum für die Bürger:innen lässt, ihre Ideen auszutauschen, sollten von Kommunen genutzt werden.

Um Eigeninteressen zu vermeiden, sollte auf eine Vielfalt bei der Besetzung von Gremien geachtet werden. Kriterien können hier Alter, Geschlecht und Nationalität sein. Gemeinderatsvertreter:innen sollten eine Kompensation erhalten, damit sich alle ein Amt leisten können. So wird vermieden, dass größtenteils Senior:innen und Bürger:innen mit Eigeninteresse den enormen Zeitaufwand für die Beteiligung an Veränderungsprozessen auf sich nehmen, sondern sich auch Bürger:innen engagieren können, die im Berufs- und Familienleben stehen und zusätzlich gute Innovationsimpulse einbringen könnten.

¹¹ Vgl. Luschei 2021.

Bei allen Gremien ist darauf zu achten, gezielt auch die jüngere Generation mit einzubinden, die zukünftig eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Kommune bilden kann und soll. Denkbar wäre beispielsweise ein Angebot für eine Theater AG, die die Defizite aus Sicht der jungen Generationen in einem selbstgeschriebenen Stück auf die Bühne bringt und so an die Politik herantreten kann.

Es ist wichtig, dass alle diese Beteiligungs- und Demokratieprozesse kompetent durch die Kommune begleitet werden. Dazu braucht es in den Kommunalverwaltungen die entsprechende Haltung, gemeinsam mit den Bürger:innen gestalten zu wollen, sowie außerdem die weiter oben angesprochene Innovations- und Moderationskompetenz (siehe auch „Innovations- und Moderationskompetenz aufbauen“ auf Seite 21).

Integration von Zugezogenen

Mitunter gibt es in ländlichen Regionen Vorbehalte gegen zuziehende Städter:innen. Die Neubürger:innen aus der Stadt wiederum tendieren dazu, das Vorhandene nicht ausreichend wertzuschätzen. Dabei können Menschen mit urbanem Hintergrund gute Botschafter:innen und Vermittler:innen von Veränderungskompetenzen sein. Dazu müssen sie vor Ort eingebunden und gut vernetzt sein. Der Integrationsprozess für Zugezogene sollte vonseiten der Kommune oder auch von Ehrenamtlichen unterstützt und moderiert werden, um eine Stadt-Land-Integration voranzubringen. Zusätzlich können niedrigschwellige Bildungsangebote in einer Art „Peer to Peer Learning“ vor Ort dabei unterstützen, dass „Alteingesessene“ und „Zugezogene“ voneinander lernen.

INFOBOX

WARUM Integration von Zugezogenen WICHTIG IST – BEISPIEL AUS DER PRAXIS

Städter:innen, die sich für ein Leben auf dem Land interessieren, haben es oft schwer, an authentische Informationen über das Landleben in ihrer Wunschregion zu kommen. Sie haben häufig ein unklares oder sogar falsches Bild vom Landleben allgemein. Die Raumpionierstation Oberlausitz berät ehrenamtlich Städter:innen zum Leben auf dem Land. Sie besitzt ein großes Netzwerk aus Zu- und Zurückgezogenen. Die Raumpionier:innen machen Mut, zeigen Vor- und Nachteile des Landlebens auf und teilen ihre Erfahrungen. Ein Teil der Raumpionier:innen stellt sich online vor. Die Beratung kann kostenlos per E-Mail, telefonisch oder persönlich in Anspruch genommen werden. Auf der jährlichen Veranstaltung „Landebahn für Landlustige“ können sich interessierte Städter:innen und Raumpionier:innen kennenlernen und austauschen. Durch eine Zusammenarbeit mit Blogger:innen und Influencer:innen erreichen die Raumpionier:innen zudem eine breite Öffentlichkeit, die sie für das Landleben im Allgemeinen begeistern möchten. Die Raumpionierstation Oberlausitz bildet damit eine Brücke zwischen interessierten Städter:innen und Landbewohner:innen.

Ansprechpartnerin: Heidrun Wuttke, Kreis Hötter und VHS-Zweckverband Diemel-Egge-Weser

V. Digital- und Verkehrsinfrastruktur

Eine gute Digitalinfrastruktur ist eine zwingende Voraussetzung für eine „Progressive Provinz“. Das Potenzial digitaler Lösungen für lebenswertere Kommunen lässt sich nur voll ausschöpfen, wenn es in der Breitband- und Mobilfunkabdeckung keine weißen Flecken gibt. Die Digitalisierung der Arbeitswelt und die Möglichkeiten zur ortsunabhängigen Arbeit verschaffen dem ländlichen Raum neue Perspektiven. Dabei ist eine Anbindung an den Bahnverkehr ein großer Standortvorteil. Auch wenn tägliches Pendeln für viele Menschen nicht mehr zwingend notwendig ist, können Städter:innen zu einem Zuzug auf's (und Bewohner:innen zu einem Verbleib auf dem) Land eher bewogen werden, wenn es Anbindung an den Schienenverkehr gibt.

Digitalisierung der Infrastruktur

Die Forderungen, Mobilfunk und Breitband bis zu jeder Milchkanne zu haben, sind nicht neu. Doch noch immer gibt es gerade im ländlichen Raum viele Regionen in Deutschland, die wegen mangelnder digitaler Infrastruktur massive Standortnachteile haben. Im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse sollten alle Regionen die Chance haben, die Potenziale eines flächendeckenden Glasfasernetzes zu nutzen. Heute ist kaum absehbar, welchen Bandbreitenbedarf einzelne Regionen einmal haben werden. Künftige Angebote wie z. B. das autonome Fahren basieren auf einer bestmöglichen digitalen Infrastruktur.

Digitale Lösungen zur Unterstützung der Daseinsvorsorge

Auf Basis der digitalen Infrastruktur können die digitalen Lösungen, die tatsächlich das Potenzial haben, die ländlichen Räume lebenswerter zu machen und insbesondere Distanzen zu überbrücken und Effizienzgewinne zu schaffen, nutzbar gemacht werden. Die Vielfalt der möglichen Lösungen ist hier beträchtlich und vielerorts in der Praxis erprobt.

Digitale Lösungen für Gesundheit und Pflege in vom demografischen Wandel vor allem betroffenen ländlichen Raum haben einen hohen Mehrwert. Daher empfehlen wir, hierauf ein besonderes politisches Gewicht zu legen.

Digitale Lösungen für Mobilität haben im ländlichen Raum großes Potenzial. Im Vergleich zu urbanen Räumen geht es hier stärker darum, (vom Auto unabhängige) Mobilität überhaupt erst herzustellen, Distanzen zu überbrücken und vor allem, mobile flexible Anwendungen zur Verfügung zu stellen. Sharing-Mobilität oder autonomes Fahren sind enorm wichtige Zukunftsfelder. Privatwirtschaftliche Investitionen lohnen sich wegen der dünnen Besiedlung jedoch häufig nicht. Der Staat sollte hier, auch vor dem Hintergrund gleichwertiger Lebensverhältnisse, einspringen und investieren.

Für die kommunale Entwicklung gewinnen Daten immer mehr an Bedeutung. Kommunen sollten in ein strategisches Datenmanagement investieren und die Kompetenz aufbauen, auf Basis ihrer Daten evidenzbasierte Entscheidungen zu treffen. Viele digitale Lösungen in der Daseinsvorsorge, z. B. im Bereich der Mobilität, basieren darauf, dass Daten in hoher und ausreichender Qualität vorhanden und verfügbar sind. Sind die Daten über sämtliche Lebensbereiche digital verknüpft, ergibt sich eine Vielzahl an neuen Anwendungsmöglichkeiten. Diese Grundlage herzustellen, benötigt einen großen Ressourceneinsatz. Gelingt dies, ist die wesentliche Grundlage für eine vitale ländliche Region geschaffen und dann sind auch „Mobilitäts-Hubs“ und „digitale Zwillinge“ in ländlichen Räumen keine Utopie.

Reaktivierung von Bahnstrecken

In den vergangenen Jahrzehnten wurden in Deutschland zahlreiche Bahnstrecken außer Betrieb genommen, weil sie sich wirtschaftlich nicht rechneten. Für eine ausgewogene Regionalentwicklung und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist dies eine folgenreiche Entscheidung. Die (vom Auto unabhängige)

Erreichbarkeit urbaner Räume sichert auch die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums. Viele Kreativorte und neuartige Projekte, die den ländlichen Räumen neue Impulse verschaffen, hätte es ohne eine Anbindung mit der Bahn an umliegende urbane Räume nicht gegeben. Eine Reaktivierung von Bahnstrecken, die auch dem ländlichen Raum Bahnverbindungen verschaffen, ist somit auch eine lohnenswerte Investition in die Zukunft kleinerer Kommunen abseits der Ballungsräume.

Ansprechpartner:

Steffen Hess, Fraunhofer IESE

Mario Wiedemann, Bertelsmann Stiftung

VI. Baukultur, Bodenpolitik und Wohnen

Die Digitalisierung in der Arbeitswelt ermöglicht neue Lebensentwürfe und damit neue Modelle für Arbeiten und Wohnen gleichermaßen. Diese müssen auch in Stadt-, Quartiers- und Dorfentwicklung Eingang finden. So schaffen Kommunen die nötigen Voraussetzungen, um sich als lebenswerte Kommune und als attraktiver Wohnort auch für jene Menschen zu positionieren, die ortsunabhängig arbeiten können.

Baukultur als Standortfaktor erkennen

Das Interesse an ländlichen Räumen hat vor allem mit der dort höheren Lebensqualität zu tun. Baukultur und ein ansprechendes Ortsbild haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Lebensqualität und damit auf das allgemeine Entwicklungspotenzial ländlicher Räume. Die Qualität der Gestaltung sollte bei der Vergabe öffentlicher Immobilienprojekte eine hohe Priorität erhalten. Dies bedeutet gleichzeitig eine Abkehr von kurzfristigen Einsparpotenzialen hin zur Wertschätzung von Baukultur als Element einer nachhaltigen Regionalentwicklung. Gebäude haben eine lange Lebenszeit. Investitionen in Baukultur und Bauqualität wirken über Jahrzehnte hinweg posi-

tiv auf das Ortsbild und die Lebensqualität und steigern die Attraktivität einer Region.

Die Regionalentwicklung sollte stets auf partizipativ entwickelten Leitbildern und Baukulturkonzepten basieren – insbesondere wenn es um Neubauten geht. Es gibt positive Beispiele für gelebte Baukultur in Gemeinden, die baukulturelle Vorgaben für Immobilienbesitzer:innen gemacht haben (z. B. Wiesenburg). Ein solches Vorgehen könnte mit einem erleichterten Zugang zu Fördergeldern honoriert werden.

INFOBOX

WARUM Baukultur als Standortfaktor erkennen WICHTIG IST – BEISPIEL AUS DER PRAXIS

Im Rahmen eines Forschungsprojekts Baukultur und Tourismus (2017–2019, gefördert durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, BBSR), hat sich im Sauerland eine Netzwerkinitiative gebildet, die eine „Charta zur Sauerland-Baukultur“ erstellt hat. Private und öffentliche Bauherren sowie das regionale Bauhandwerk sollen im Rahmen einer Selbstverpflichtungserklärung den Grundsätzen beitreten. Das Akteursnetzwerk Sauerland-Baukultur formuliert in zehn Grundsätzen ihre Handlungsansätze, wie beispielsweise die Berücksichtigung der prägenden Merkmale der Region, den respektvollen Umgang als auch die qualitätsvolle Weiterentwicklung des baukulturellen Erbes und ihre Anwendung auf alle gestalterischen Fragen und Projekte. Eine Fortführung der Initiative mit dem „Haus der Baukultur“ als Kompetenzzentrum und Anlaufstelle für alle Fragen rund um Baukultur ausgeweitet auf ganz Südwestfalen mit Sauerland und Siegerland-Wittgenstein ist in Planung (siehe: www.sauerland-baukultur.de/CHARTA-Sauerland-Baukultur).

Reaktivierung von Leerständen

Leerstände im Ortskern verstärken den sogenannten Donut-Effekt¹² und treiben damit die Zersiedelung voran. Leerstände sind Kohlenstoffspeicher. Im Sinne der Nachhaltigkeit gilt es, möglichst viel Bestand zu nutzen und damit den Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Leerstände haben Geschichte und damit einen großen Einfluss auf die lokale Identität. Obwohl die Leerstandsaktivierung somit sozial und ökologisch geboten ist, erfolgt sie derzeit vergleichsweise selten. Hauptgründe hierfür sind unzureichende Fördermittel und schwer abwägbare Risiken für private Käufer:innen. Entsprechende Fördermittel, die einerseits die Risiken reduzieren (z. B. durch Gutachten) und eine Reaktivierung umfassender finanziell unterstützen, könnten hier ansetzen.

Konzeptvergaben in Neubaugebieten

Neubaugebiete werden vielerorts ohne gestalterische oder konzeptionelle Auflagen an Projektentwickler:innen veräußert. Hier könnten Konzeptvergaben zu größerer Vielfalt und Auflagen insbesondere hinsichtlich der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit zu höherer Lebensqualität führen (z. B. Kreislaufwirtschaft).

Diversifiziertes Wohnraumangebot schaffen

Es fehlt in ländlichen Räumen vielerorts an kleinen Wohnungen für Berufseinsteiger:innen oder junge Familien. Hier müssen neue Angebote geschaffen werden (sowohl im Miet- wie im Eigentumssegment), um der demografischen Entwicklung und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Ganz allgemein braucht es mehr Alternativen zu flächenintensiven Einfamilienhäusern.

Förderung gemeinschaftlicher Bauprojekte

Baugruppenprojekte führen häufig zu höherer baulicher Qualität als Fertighäuser und rendite-

orientierte Projektentwicklungen. Themen wie Bürgerbeteiligungen, Öffentlichkeitsarbeit und Projektsteuerung sind zeitintensiv, aber notwendig. Hier könnten passgenaue Förderinstrumente ansetzen, die gemeinwohlorientierten Baugruppenprojekten die notwendige Unterstützung zukommen lassen und so dieser Form des Bauens zu breiterer Akzeptanz verhelfen könnten.

INFOBOX

WARUM Förderung gemeinschaftlicher Bauprojekte WICHTIG IST – BEISPIEL AUS DER PRAXIS

Das KoDorf vereint viele Vorteile gemeinwohlorientierter Quartiersentwicklung: Bürger:innen werden einbezogen, Trägerin ist eine Genossenschaft, die Bauweise orientiert sich an höchsten ökologischen Standards und durch die Umwandlung von Industriebrachen entstehen neue dritte Orte für die Menschen in der Region. Für die Initiator:innen und Genossenschaftsmitglieder stellen solche Projekte eine große Herausforderung dar. Im ersten Schritt müssen Aufwand für die Planung, Kostenschätzung und Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden. Hat sich dann eine ausreichend große Gruppe für die Umsetzung gefunden, muss diese durch einen teils mehrjährigen Prozess der Baurechtsschaffung begleitet werden. Erst wenn Baurecht vorliegt, besteht auch die notwendige Planungssicherheit für die Bankenfinanzierung. Bis zu diesem Punkt gehen alle Beteiligten in Vorleistung. Insbesondere vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Nutzens solcher Projekte ist dieser Mehraufwand nicht tragbar und wird die breitere Akzeptanz ähnlicher Projekte verhindern. Für das KoDorf in Wiesenburg konnte dank des Engagements des Landes Brandenburg eine Lösung gefunden werden. Der Umbau des Sägewerks und die Beseitigung der Altlasten werden zu einem Großteil durch Fördermittel finanziert. Für die Gruppe ist das nicht nur eine finanzielle Erleichterung, sondern auch ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung. An anderen Standorten fehlen bislang passende Fördermöglichkeiten (mehr Infos: <https://neulandia.de/kodoerfer>).

¹² Liegt bei Leerstand in der Ortsmitte und Ansammlung der Bewohner:innen in den Wohngebieten vor; vergleichbar einem Donut ist die Mitte leer und der Rand gut gefüllt.

Mehr experimenteller Wohnungsbau

Es braucht neue Förderinstrumente für den experimentellen Wohnungsbau und gemeinwohlorientierte Wohnformen wie das genossenschaftliche KoDorf oder das Gut Prädikow (siehe Projektbeschreibungen auf Seite 37). Modelle für die Zwischennutzung von Leerständen sollten stärker gefördert werden. Darunter fallen temporäre Wohnformate wie der Summer of Pioneers ebenso wie Kulturangebote in Leerständen (z. B. Immovieliën).

Wertschätzung für neue Formen des Wohnens und Arbeitens

Es braucht in der Verwaltung eine höhere Wertschätzung für die Potenziale neuer Wohn- und Arbeitsorte sowie von Experimentierflächen. Kommunen sollten Personen, die neue Formen der gemeinschaftlichen Zusammenarbeit und des gemeinschaftlichen Wohnens erproben möchten, ermutigen.

Gemeinwohlorientierte Aspekte in Stadt-/Regionalentwicklung einbeziehen

Eine Gemeinwohlbilanz sollte in Planungsgrundlagen einfließen. Vorbild könnte das Münchener Punktesystem sein, wonach auch private Projektentwickler:innen soziale und ökologische Nachhaltigkeitskriterien erfüllen müssen. Wo und wie sie die Schwerpunkte setzen, ist ihnen innerhalb des Punktesystems freigestellt.

Ansprechpartner:innen:

Frederik Fischer, Neulandia

Julia Paaß, Netzwerk Zukunftsorte

Prof. Dr. Hilde Schröteler-von Brandt, Universität Siegen

Dr. Sabine Weck, ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung

VII. Ehrenamt und Engagement

Das Ehrenamt und das Engagement ist in ländlichen Räumen in Vereinen, der Feuerwehr, der Kirche usw. ein wichtiger Stützpfeiler. Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt trägt durch die Sicherung von Angeboten der Daseinsvorsorge und von soziokulturellen Angeboten zu einem großen Teil zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse bei und ist zugleich Treiber sozialer Innovationen. Ohne Ehrenamtliche könnte Infrastruktur (z. B. Dorfläden) sowie die hoch bewertete Gemeinschaft in den Orten (z. B. das Osterfeuer, weil niemand es organisiert) schwinden.

Was braucht bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen?

Mehr Anerkennung und Wertschätzung für Ehrenamtliche

Ehrenamtliche haben viele verschiedene Motive, sich zu engagieren. Öffentliche Wertschätzung und Anerkennung steht bei den meisten Engagierten nicht im Vordergrund. Und doch: Wo es keine Anerkennung für den Beitrag der Ehrenamtlichen gibt, sinkt die Motivation und die Freude am Engagement wird getrübt. Wichtig ist, dass das Engagement und die Anliegen der Ehrenamtlichen ernst genommen, die Kompetenzen gesehen und der Mehrwert für die Gemeinschaft, der durch das Engagement und die Beteiligung der Bürger:innen entsteht, anerkannt werden. Dafür müssen Engagierte in die Entscheidungen und die Prozesse von Politik und Verwaltung eingebunden und mit den Hauptamtlichen zivilgesellschaftlicher Organisationen eng vernetzt werden. Zu einer echten Anerkennung des Ehrenamts gehören gute Rahmenbedingungen für Engagierte, wie etwa die Begleitung und Unterstützung durch Hauptamtliche, sowie ausreichende finanzielle Mittel für die Umsetzung der Vorhaben. Aufgrund seiner Bedeutung für die zukunftsfähige Gestaltung ländlicher Räume ist bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt weiterhin unerlässlich. Es muss „in seiner Wahrnehmung, Wertschätzung und Wer-

tigkeit der kommunalen Wirtschaftsförderung gleichgestellt werden“.¹³

Chancen der Digitalisierung für das Ehrenamt nutzen

Digitale Tools entlasten das Ehrenamt. Informationen können alle Ehrenamtlichen erreichen und Veranstaltungen können besser geplant werden. Digitale Hilfsmittel erleichtern die Kommunikation untereinander, wenn die Wege weit sind. Engagement findet überwiegend gemeinschaftlich statt, sodass der Austausch untereinander eine wesentliche Voraussetzung für das Engagement ist. Dabei ist für viele der direkte, persönliche Kontakt weiterhin unverzichtbar. Gerade in ländlichen Regionen bietet die Digitalisierung viele Erleichterungen für Abstimmung und Organisation im Alltag.

Digitale Kommunikation spricht neue Zielgruppen an. Durch digitale Tools können Ehrenamtorganisationen über ihre Tätigkeiten informieren. Besonders soziale Netzwerke sind ein Hilfsmittel, um Aufmerksamkeit für die eigenen Zwecke zu erlangen sowie erste Schritte in die Erstellung von Netzwerken zu gehen.

Engagement kann allerdings auch ganz digital stattfinden. Dann werden die Tätigkeiten nicht nur mit digitalen Hilfsmitteln geplant, sondern von der Endzielgruppe auch im digitalen Raum in Anspruch genommen. Da das digital unterstützte Engagement in den letzten Jahren zugenommen hat und gerade auf dem Land ein wichtiges Instrument für Engagement ist, sollte es mehr Anerkennung und Förderung erhalten. Die öffentliche Hand sollte IT-Hardware und -Software zur Verfügung stellen sowie die digitale Kompetenz der Ehrenamtlichen und Engagierten fördern.

Digitale Kommunikation bietet auch die Möglichkeit, Weggezogene an die Region zu binden. Über Plattformen wie den DorfFunk, der in den Dörfern von Ehrenamtlichen betrieben wird (z. B. in

Ovenhausen¹⁴, vgl. Infobox), können sich auch Weggezogene informieren, weiter am Dorfleben teilhaben und sich einen Weg für eine Rückkehr offenhalten.

INFOBOX

WARUM Chancen der Digitalisierung für das Ehrenamt nutzen WICHTIG IST – BEISPIEL AUS DER PRAXIS

Im Rahmen des Pilotprojekts Smart Country Side erprobten ehrenamtlich engagierte Dorfgemeinschaften bedarfsgerecht digitale Anwendungen; darunter eine digitale Dorfplattform, bestehend aus einer DorfPage und dem DorfFunk. Gemeinsam formulierten sie 2018 eine Leistungsbeschreibung, wie das Gespräch „über den Gartenzaun“ künftig digital ergänzt werden soll. Nach erfolgter Ausschreibung erhielt die Lösung von Fraunhofer IESE den Zuschlag. Das digitale Dorf Ovenhausen hat 2019 die eigene DorfPage erfolgreich auf den Weg gebracht (www.ovenhausen-digital.de). Von den 1.050 Einwohner:innen nutzen heute bereits 700 aktiv den DorfFunk. Neuigkeiten erreichen jetzt alle in Echtzeit, egal wo sie sich befinden. Inzwischen sind 30 Dörfer mit DorfPage und DorfFunk im Kreis Höxter ausgestattet. Dem Beispiel Smart Country Side folgen – auch im engen Austausch miteinander – derzeit rund 50 Dörfer in Südwestfalen mit dem Projekt „WIR SIND DIGITAL.DORF!“, das im Jahr 2021 als gemeinsames Projekt der LEADER-Regionen in Südwestfalen sowie der REGIO-NALE 2025 in Südwestfalen auf den Weg gebracht wurde.

Menschen verbinden – generationenübergreifendes Engagement

Engagement hat die Kraft, Menschen zusammenzubringen, die sonst wenig miteinander zu tun haben. Das ist besonders wichtig, wenn in einer Kommune neue Bürger:innen hinzuziehen. In

¹³ ARL- Akademie für Raumentwicklung in der Leibnizgemeinschaft (2022).

¹⁴ Wahl 2021.

vielen ländlichen Regionen gibt es wieder einen Zuzug. Es braucht daher Programme und Konzepte, die ein gemeinsames Engagement aller Menschen vor Ort ermöglichen. Für Engagement braucht es Gelegenheiten. Es gibt enorme Potenziale bei den vielen älteren Menschen in ländlichen Räumen, die gerade in den ersten Jahren nach dem Ruhestand über viele Kompetenzen und Zeit verfügen. Gleichzeitig müssen junge Menschen möglichst früh an ein Ehrenamt herangeführt werden.

Mehr Zeit für Engagement durch mobiles Arbeiten

Immer mehr Menschen arbeiten von zu Hause aus. So sparen sie Zeit, die vorher für die weiten Arbeitswege in ländlichen Räumen aufgebracht werden musste. Zeit, die nun frei ist für ein Ehrenamt oder Engagement und Mitgestaltung vor Ort. Die Ermöglichung mobilen Arbeitens durch Arbeitgeber:innen und die Weiterentwicklung von wohnortnahen Co-Working-Spaces hätten damit indirekt auch eine Unterstützung des Ehrenamts und lebendigere Regionen zur Folge.

Moderne Strukturen für Ehrenamt und Engagement

In ländlichen Räumen sind die Wege zu vielen wichtigen Ansprechpersonen für Ehrenamtliche oft weit. In den meisten Dörfern gibt es weder eine Freiwilligenagentur noch eine Bürgerstiftung. Auch die Verwaltung und die politischen Entscheidungsträger:innen sind oft weit weg. Digitale Angebote (etwa Qualifizierung, Beratung, digitale Ehrenamtsbörsen) müssen daher stärker ausgebaut werden. Zudem braucht es neue, innovative Lösungen, um Ehrenamtliche vom oft hohen Verwaltungsaufwand zu entlasten. Sie benötigen z. B. Unterstützung bei der allgemeinen Vereinsverwaltung und bei der korrekten Durchführung von (Haupt)Versammlungen oder Beistand bei Fragen des Vereinsrechts. Ein von der Kommune bereitgestellter „Ehrenamtscoach“ könnte eine solche Rolle einnehmen.

Um junge Menschen für das Ehrenamt zu begeistern, muss es für sie Möglichkeiten geben, sich flexibler, spontaner und punktueller zu engagieren. Neben langfristigen oder gar lebenslangen Ehrenämtern, beispielsweise in Vereinen, braucht es ehrenamtliche Projekte, die im Zeit- und Aufgabenumfang beschränkt und übersichtlich sind. Vereine und Verbände in ländlichen Räumen haben häufig das Problem, dass ihre Mitgliederzahlen sinken. Die Altersstruktur ihrer Mitglieder wird immer älter und es kommen keine neuen Mitglieder dazu. Ehrenamt muss neu gedacht werden, um jüngere Menschen anzusprechen.

Ansprechpartner:innen:

Nina Leseberg, Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt

Nenja Wolbers, Stiftung Digitale Chancen

Heidrun Wuttke, Kreis Hörter und VHS-Zweckverband Diemel-Egge-Weser

Fragen an digitalen Landpionier Frederik Fischer

(Gründer von Neulandia)

„Für soziale Innovationen gibt es zu wenig Wertschätzung“

Frederik Fischer vernetzt mit seinem Team von Neulandia Kreative und Digitalschaffende mit Kommunen auf dem Land. Bundesweite Bekanntheit hat Neulandia durch die Projekte Summer of Pioneers und KoDorf gewonnen. Im Interview zeigt Fischer die Potenziale von Digitalisierungsprozessen auf dem Land auf und erklärt, was seiner Erfahrung nach besser laufen könnte.

Mit Ihrem Summer of Pioneers haben Sie zuletzt für viel Aufmerksamkeit gesorgt. Was steckt genau hinter der Idee?

Fischer: Mit dem Summer of Pioneers bieten wir den Rahmen für Probewohnen und Arbeiten in ländlichen Räumen. Zielgruppen sind dabei Kreative und Digitalarbeiter:innen. Sie erhalten von der Kommune ein Rundum-sorglos-Paket, bestehend aus möblierten Wohnungen, Co-Working-Spaces, und eine Einbindung in die Community. Als Gegenleistung sind sie aufgefordert, mit den Menschen vor Ort Projekte umzusetzen, die die Lebensqualität dort ganz konkret verbessern.

KoDorf ist eine weitere spannende Initiative. Was kann man hierunter verstehen?

Fischer: KoDörfer sind Quartiersentwicklungen in ländlichen Räumen. KoDörfer bestehen aus vielen kleinen ökologisch gebauten Holzhäusern und großen Gemeinschaftsgebäuden. Hierbei handelt es sich meistens um Leerstände, wo wir gemeinsam mit dem Architekturbüro agmm Co-Working-Spaces, Gastronomie und Veranstaltungsbereiche errichten. Das Ganze wird von der VielLeben Genossenschaft umgesetzt und stärkt eine gemeinwohlorientierte Regionalentwicklung.



Welche Wirkung haben Sie vor Ort erzielen können?

Fischer: Wenn wir uns den Summer of Pioneers in Wittenberge anschauen, der im Jahr 2019 begonnen wurde, ist der große Erfolg, dass der Ort das erste Mal seit der Wende wieder einen Zuzug erlebt. Durch den Summer of Pioneers liegt eine enorme mediale Aufmerksamkeit auf der Stadt. Es sind rund eine Million Fördergelder durch Folgeprojekte in die Stadt geflossen. Ganz viele junge Leute sind in die Stadt gekommen. Mehrere Projekte, die ursprünglich von den Pionier:innen als Experiment gestartet wurden, haben sich verstetigt.

Es gibt eine digitale Willkommensagentur, die alle Menschen in der Region miteinander vernetzt und sogar eine günstige Ferienwohnung für Großstädter anbietet. Aus einem Ladenleerstand in der Stadt ist ein beliebter Kultur- und Begegnungsort für Jung und Alt geworden. Dazu kommt als Ausgründung einiger Pionier:innen ein Büro für partizipative Stadtentwicklung.

Wie sieht es in den anderen Orten aus?

Fischer: Beim Summer of Pioneers auf Schloss Blumenfeld in Tengen sind wir inzwischen soweit, dass ausgehend von dem Projekt nun eine professionelle Nachnutzung geplant wird. Es werden Businesspläne entwickelt für das wieder eröffnete Hofcafé, für den Co-Working-Space und die festen Wohnungen. Außerdem soll dort auch ein KoDorf mit dem Schloss als Anker entstehen. Auch in Homberg gibt es diverse Folgeprojekte.

Kann eigentlich jede Kommune im ländlichen Raum einen Summer of Pioneers oder Ähnliches initialisieren?

Fischer: Den ersten Schritt muss der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin beziehungsweise jemand aus der Verwaltung machen. Örtliche Visionär:innen und Träger:innen sind unabdingbar. Ohne diese Personen funktioniert es nicht. Dann geht es darum, ob es überhaupt Leerstand gibt. Aus der Sicht der Großstädter:innen ist Leerstand kein Makel, sondern wichtiger Gestaltungsraum. Etwas, was es in Großstädten kaum noch gibt. Unsere Konzepte funktionieren ohne Leerstand nur schwer. Und zuletzt muss die Kommune auch die finanziellen Mittel in die Hand nehmen. Zum Teil sind es Eigenmittel. Aber der größte Teil kommt üblicherweise über Fördermittel rein.

Welche Rolle spielen die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen?

Fischer: In vielen Kommunen ist die finanzielle Lage angespannt. Viele Bürgermeister:innen resignieren beim Thema Fördermittel. Sie haben eine kleine Verwaltung und müssten für die Beantragung von Fördermitteln Personen abstellen, die sie nicht zur Verfügung haben.

Wie ließe sich dieses Dilemma lösen?

Fischer: Kommunen müssen wieder mehr Geld zur Verfügung haben. Das ist ganz zentral. Ich spüre in den Gesprächen mit Kommunen immer wieder Frust, dass sie gerne Projekte anschieben möchten, aber es sich nicht leisten können. Mehr selbstverwaltete Mittel wären ein Weg. Ein anderer Weg wäre, regional ansässige Unternehmen als Sponsoren einzuplanen. Hier muss man aber aufpassen, dass man sich nicht vor den Karren von jemanden spannen und sich vereinnahmen lässt.

Welche Hürden sehen Sie noch?

Fischer: Bei der Planung unseres KoDorfs in Wiesenburg haben wir viele Probleme mit dem Planungsrecht gehabt. Dieses ist viel zu bürokratisch. Wir sind seit über zwei Jahren mit dem Projekt beschäftigt und haben immer noch keine Baugenehmigung. Wir bekommen das abgefedert, weil wir ein großes, enga-

giertes Team sind. Eine kleine Baugruppe hätte hingegen schon längst hingeworfen. Dieses lange Hinhalten ist einfach nicht zumutbar. Für innovative Siedlungskonzepte gibt es kaum Unterstützung. Wir selbst hatten Glück und werden vom Land Brandenburg inzwischen umfassend gefördert, aber das ist ganz klar eher die Ausnahme als die Regel.

Welche Probleme treten denn bei der Baugenehmigung konkret auf?

Fischer: Beim KoDorf in Wiesenburg sind rund 30 Träger:innen öffentlicher Belange im Spiel. Das fängt bei Emissionen und Bodenqualität an, geht über Aufforstung und endet beim Naturschutz. Es ist neben der Kommunen auch der Landkreis im Spiel. Viele verschiedene Behörden müssen involviert werden. Tesla hat ein ähnliches Problem. Nur als Großkonzern können sie es sich leisten, einfach ohne Baugenehmigung anzufangen und notfalls zurückzubauen. Dieses Risiko können wir nicht eingehen.

Wie sieht es denn mit den Bestandsimmobilien aus?

Fischer: Viele Kommunen würden gerne bei unseren Ideen mitmachen, aber sie haben kaum noch Liegenschaften im kommunalen Besitz. Kommunen sollten also wieder stärker Gebäude und Grundstücke zurückkaufen. Sie müssen wieder handlungsfähig werden in Fragen der Stadtentwicklung. Bezüglich des Wohnungsmarktes sind sie es vielerorts nicht mehr.

Bei Ihren Ideen handelt es sich vornehmlich um soziale Innovationen. Wie fühlen Sie sich hierbei unterstützt?

Fischer: Für technologische Innovationen gibt es in Deutschland inzwischen viel Aufmerksamkeit. Für soziale Innovationen gibt es aber zu wenig Wertschätzung. Die Förderung, die Start-ups erhalten, würde ich mir auch für soziale Innovationen wünschen, z. B. spezielle Accelerator-Programme und die Unterstützung von Impact-Investoren.

Weitere Informationen finden Sie in der Projektbeschreibung (Seite 43) und auf der Website neulandia.de/.

6. Projekte der digitalen Landpionier:innen

Die **Initiative Digitale Landpionier:innen** vereint zahlreiche Akteur:innen, die Projekte in Kommunen anstoßen, die die vielfältigen Chancen der Digitalisierung nutzen, für mehr Lebensqualität vor Ort sorgen und diese Entwicklungen analysieren und erforschen. Hier ist eine Auswahl dieser Projekte und Aktivitäten.

Amt Hüttener Berge



Im **Amt Hüttener Berge** in Schleswig-Holstein spielten schon im Jahr 2017 digitale Angebote der Daseinsvorsorge eine Rolle. Es drohten „Insellösungen“ zu entstehen. Dringend benötigt wurden Plattformen, die benutzerfreundlich, logisch aufeinander aufbauen, Anzeigen für verschiedene Endgeräte haben und mit bestehenden digitalen Lösungen interagieren.

Bereits 2017 entschied der Amtsausschuss, sich mit der ganzheitlichen Digitalisierungsstrategie **Hüttis Digitale Agenda** proaktiv auf den Weg zur digitalen Region zu machen. Die digitale Agenda dient dabei als Mehrjahresplanung, mit der der digitale Wandel in den 16 amtsangehörigen Gemeinden zielgerichtet gestaltet wird.

Damit sich die entstehenden digitalen Angebote auch tatsächlich an den echten Bedürfnissen der Menschen orientieren, wurden diese von Beginn an in den Prozess eingebunden. Für jedes der zehn Handlungsfelder der digitalen Agenda wurden eine sogenannte Fokusgruppe und eine Feedbackgruppe gegründet, in denen sich neben Bürger:innen auch Bürgermeister:innen, Gemeindevertreter:innen und Haupt- und Ehrenamtliche einbrachten.

Seit 2018 steht die digitale Agenda fest und eine Vielzahl an Projekten wurde seitdem zum Leben

erweckt: Ein Bürgerportal dient als Dreh- und Angelpunkt der digitalen Verwaltung und macht alle bestehenden Angebote zugänglich. Öffentliche Informationsterminals ermöglichen jederzeit Zugang zu den digitalen Angeboten. Es gibt einen Mobilitätsdienst, der ÖPNV, private Mitfahrten, Mitfahrerbanken sowie Bürgerbus und Dörpsmobil bündelt. Dazu kommen ein Online-Buchungstool für Gemeinderäume und Grillplätze, eine Beteiligungsplattform und ein Bestell- und Lieferservice für regionale Produkte. Außerdem eignen sich ältere Menschen in Schulungen digitale Kompetenzen an.

Derzeit ergänzt das **Amt Hüttener Berge** im Rahmen eines Bundesprojekts sein Portfolio durch **digital.vital**, ein digitales Seniorenportal, das Senior:innen eine Informations- und Kommunikationsplattform bietet, die sowohl einfach und sicher als auch perfekt auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist. Künftig sollen alle Anwendungen den Kommunen in Schleswig-Holstein zur Nachnutzung zur Verfügung stehen. Durch den angestoßenen Digitalisierungsprozess gilt das **Amt Hüttener Berge** längst als digitaler Vorreiter über die Landesgrenzen hinweg.

Ansprechpartner: Andreas Betz, Amtsdirektor Amt Hüttener Berge



bremke.digital

bremke.
digital

Das Projekt **bremke.digital** hat Lösungen und Chancen digitaler Möglichkeiten zur Steigerung der Lebensqualität auf dem Land gesucht und gefunden. Die Projektpartner Haus kirchlicher Dienste und Stiftung Digitale Chancen haben in einem Co-Creation-Prozess mit der Dorfbevölkerung in Bremke, einem Ort der Gemeinde Gleichen in Südniedersachsen, und dessen ehrenamtlichen Akteur:innen eng zusammengearbeitet. Auf der Grundlage einer Bedarfsanalyse wurde die Plattform **Digitale Dörfer** vom Fraunhofer Institut für

Experimentelle Software Engineering IESE erst ausgewählt und dann – angepasst an die Erfordernisse der Gemeinde – weiterentwickelt. Mit der **DorfFunk-App**, den **DorfPages** (Webseite) und dem neu entwickelten digitalen Schaukasten konnte in Bremke die Digitalisierung vorangebracht werden. Inzwischen wurde das Projekt in der gesamten Gemeinde Gleichen mit allen 16 Dörfern ausgerollt (**gleichen.digital**).

Individuell gestaltete Lösungen tragen dazu bei, den Zusammenhalt der Gemeinschaft analog und digital zu fördern. So können sich die Menschen in der Gemeinde – in Vereinen, Kirchengemeinden und der Verwaltung – schon jetzt und auch in Zukunft noch besser vernetzen, zusammenarbeiten und das gemeinsame Schaffen über die Webseite darstellen. Die Gemeinde Gleichen ist als „Digitaler Ort Niedersachsen“ ausgezeichnet worden.

Die Digitalisierung hängt entscheidend von der Bereitschaft der Bevölkerung zur Mitwirkung und von ihrer Akzeptanz für die digitalen Dienste von Verwaltung und Unternehmen ab. Der niedrigschwellige Ansatz des Modellprojekts **bremke.digital** leistete dazu einen maßgeblichen Beitrag. Nach dem erfolgreichen Transfer vom Modellprojekt im Dorf auf die gesamte Gemeinde sind nun eine Weiterentwicklung und der Transfer auf den gesamten südniedersächsischen Raum in vollem Gange. Das Projekt **Digitale Dörfer Niedersachsen** wird von der Stiftung Digitale Chancen und vom Fraunhofer IESE durchgeführt und vom Niedersächsischen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung gefördert.

In einem in Südniedersachsen angesiedelten Real-labor werden die Nutzbarkeit und Nützlichkeit von digitalen Anwendungen sowie deren Weiterentwicklung entlang der Bedarfe und die Akzeptanz in der Bevölkerung im ländlichen Raum erprobt. Der aktuelle Digitalisierungsschub soll genutzt werden, um die Angebote der **Digitalen Dörfer** zu verbreiten und weiterzuentwickeln und so der Bevölkerung mehr Lebensqualität im dörfli-

chen Zusammenleben zu ermöglichen. Im Mittelpunkt stehen das regionale Engagement der Akteur:innen vor Ort und die Anbindung an kommunale (Verwaltungs)Strukturen mittels digitaler Instrumente.

Ansprechpartnerin: Nenja Wolbers, Projektleiterin
Stiftung Digitale Chancen

Digitale Dorf.Mitte

In drei Dörfern des Kreises Siegen-Wittgenstein in Nordrhein-Westfalen wurde zwischen 2018 und 2021 das Modellprojekt **Digitale Dorf.Mitte** (DigiDoM) durchgeführt. Das Projekt wurde im Rahmen des Förderprogramms Land.Digital vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) gefördert. Die identitäts- und gemeinschaftsbildenden Räume und Treffpunkte in den Dörfern sollten durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie gestärkt und die traditionelle Dorfmitte durch die Überlagerung mit digitalen Diensten und einer virtuellen Vernetzung neu belebt werden.

Die Strategie von DigiDoM, digitale Technik als Werkzeug für die Dorfgemeinschaft zu nutzen und durch konkrete Anwendungsprojekte ihre Wirksamkeit unmittelbar unter Beweis zu stellen, machte das abstrakte Thema „Digitalisierung“ vermittelbar. Die Produkt- und Technikentwicklung stand bei DigiDoM nicht im Vordergrund. Bewährte technische, digitale Lösungen wurden projektbezogen angepasst.

Der partizipative Ansatz und die Förderung der Nutzerkompetenz bei der Technikanwendung stellten die zentralen Projektbausteine dar. DigiDoM setzte an den Themen und Bedürfnissen der Dörfer und ihrer Bewohner:innen an und nahm bestehende Projekte und Initiativen zum Anlass digitaler Entwicklung. Mit der großen Unterstützung durch Vertrauenspersonen vor Ort konnte die Dorfgemeinschaft für den partizipativen Prozess gewonnen werden. Im Rahmen des Beteili-

gungsprozesses wurden einerseits dorfspezifische Anwendungsprojekte in den drei Dörfern identifiziert und andererseits eine digitale Dorfplattform mit Relevanz für alle drei Dörfer gefordert.

Als dorfspezifische Projekte wurden z. B. eine solarbetriebene Ampel für Raumland als Statusanzeige für die Öffnung des Dorfgemeinschaftshauses und das Schieferschraubergwerk realisiert

Im Dorf Puderbach wurde eine Informationsstation auf einen mobilen Ständer montiert und hinter die Eingangstür im Dorfgemeinschaftshaus platziert: Das digitale schwarze Brett ist bei Tag und Nacht sichtbar und ebenfalls von zu Hause aus bedienbar. In der Kapelle der evangelischen Kirchengemeinde Raumland werden Gottesdienste per Livestream übertragen.

Die Einführung der digitalen Dorfplattform für rund 5.000 Einwohner:innen als verbindendes Querschnittprojekt der Dörfer stieß auf besonders große Resonanz. Die Einführung dieses neuen Kommunikationskanals erfolgte in Kooperation mit der Nachbarschaftsplattform nebenan.de. Dadurch ist die Verstetigung des Projekts DigiDoM gewährleistet. Die Nutzerstruktur auf der Plattform zeigt, dass im Projekt DigiDoM alle Altersgruppen erreicht wurden und auf der Plattform auch Personen aktiv sind, die nicht zu den „üblichen“ Dorfaktiven zählen.

Ansprechpartnerin: Prof. Dr. Hilde Schröteler-von Brandt, Universität Siegen

Dorf.Zukunft.Digital



Als ländlich strukturierter Flächenkreis mit peripherer Lage ist der Kreis Höxter (NRW) von den Folgen des demografischen Wandels stark betroffen. Um die Chancen der Digitalisierung zur Stärkung der Daseinsvorsorge und Lebensqualität der Menschen zu nutzen, initiierten die Kreise Höxter

und Lippe 2016 das bundesweit bekannte Pilotprojekt Smart Country Side. 26 Dorfgemeinschaften erprobten drei Jahre lang selbstbestimmt und bedarfsgerecht digitale Lösungen. Zugleich stärkten sie ihre digitale Kompetenz.

Schnell entwickelte sich das Modellprojekt zur Blaupause für andere ländliche Regionen. Um weitere Dorfgemeinschaften zu beteiligen, startete im Kreis Höxter 2019 das LEADER-Projekt **Dorf.Zukunft.Digital** mit 30 Dorfgemeinschaften aus zehn Kommunen als Roll-out. Eine Vielzahl an niedrigschwelligen smarten Anwendungen wird seitdem von den Bürger:innen ehrenamtlich getestet: eine digitale Dorfplattform, ein digitaler Dorf-Hilferuf, eine digitale Dorfchronik, ein analog-digitales Erzählcafé, eine Neubürgerplattform, digitale Erlebnistouren und vieles mehr.

Projektbeteiligte „Kümmerer“ und „Kümmerinnen“ schulen ihre digitale Kompetenz und geben als Multiplikator:innen ihr Wissen an ihre Mitbürger:innen weiter. Dafür wurden in den Dorfgemeinschaftshäusern digitale Klassenzimmer eingerichtet. Im Jahr 2020 erhielt das Projekt den Deutschen Digitalpreis in der Kategorie Digitale Teilhabe.

Vier Faktoren haben sich als erfolgsentscheidend für die Bestrebungen herausgestellt und sind wissenschaftlich bestätigt worden. Ein starkes bürgerschaftliches Engagement mit einer ausgeprägten Anpack- und Kümmererkultur ist die Basis. Dazu kommt ein stringenter Bottom-up- und Beteiligungsprozess. Es müssen Experimentierräume und Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Menschen selbstorganisiert digitale Lösungen erproben und ihre digitale Souveränität stärken. Außerdem müssen die Projekte lokal, regional und bundesweit vernetzt sein und Bündnisse und Kooperationen eingehen.

Die Leitidee beider Digitalprojekte im Kreis Höxter ist „Digitalisierung gehört in Bürgerhand!“, als zentrale Forderung an Verwaltung und Politik. Die Menschen vor Ort wollen ihre Zukunft selbst gestalten, Traditionen bewahren und sich gleichzeitig mutig dem Neuen öffnen. Dabei trägt sie

die Vision eines sorgenden Dorfes. Lokale Bündnisse, Netzwerke und Nachbarschaften organisieren generationenübergreifend und gemeinwohlorientiert Halt und Hilfe für jede und jeden. Sorgende (Dorf)Gemeinschaften schaffen durch ihre Beteiligung an Digitalprojekten soziale Innovationen und zeigen exemplarisch, wie die digitale Transformation gelingen kann. Sie sind damit Vorbilder für die Stadt.

Ansprechpartnerin: Heidrun Wuttke, Projektleiterin Dorf.Zukunft.Digital, VHS-Zweckverband Diemel-Egge-Weser



Netzwerk Zukunftsorte

Das **Netzwerk Zukunftsorte** verbindet kreative Wohn- und Arbeitsprojekte, die Leerstand im ländlichen Ostdeutschland umnutzen und reaktivieren: Co-Working-Hotels, genossenschaftliche Wohnprojekte, soziokulturelle Zentren, Startup-Bauernhöfe – all das sind Zukunftsorte. Ein besonderer Fokus liegt auf der Stadt-Land-Integration, in der produktive Verbindungen geschaffen werden zwischen ländlicher und städtischer Kultur, traditioneller und digitaler Arbeit, Einheimischen und Zuziehenden. Multifunktionale Treffpunkte und offene Angebote spielen dabei eine wichtige Rolle (vgl. Projektbeschreibung **Scheune Prädikow**).

Das Netzwerk setzt sich dafür ein, möglichst viel ländlichen Leerstand in attraktive Impulsorte zu verwandeln, die wirtschaftliche und soziale Innovationen in ihrem Umfeld anstoßen und den ländlichen Raum zu einem noch lebenswerteren Ort für alle machen.

Seit seiner Gründung 2018 organisiert das Netzwerk mit digitalen und analogen Formaten die Vernetzung und den Wissenstransfer zwischen den Akteur:innen. Ein wichtiges Instrument ist die digitale Wissensplattform, die derzeit vom Netzwerk

aufgebaut wird. Hier wird Praxis- und Expertenwissen zu Aufbau und Ansiedlung von Zukunftsorten weitergegeben. Im Modellprojekt Leerstands-Matching entwickelt und testet das Netzwerk in Kooperation mit der Stadt Angermünde Prozesse zur Entwicklung von Leerstand in Zukunftsorte.

In den vergangenen drei Jahren ist das **Netzwerk Zukunftsorte** zur Anlaufstelle für Projektinitiator:innen geworden. Sie erhalten durch das Netzwerk und seine Mitglieder wichtige Impulse und werden in ihrer Sichtbarkeit und ihren Bedarfen gestärkt. Die geplante Wissensplattform deckt den großen Bedarf an Basiswissen und Orientierung, den Akteur:innen gerade zu Beginn ihres Projekts benötigen. Auch Kommunen erkennen immer mehr den Wert der Ansiedlung gemeinwohlorientierter Projekte und haben Bedarf an Orientierung zum Thema gemeinwohlorientierter Leerstandsentwicklung. Mithilfe der Plattform können Kommunalvertreter:innen sich demnächst ausreichend informieren, um erste Schritte für einen gezielten Entwicklungsprozess Richtung Zukunftsort anzugehen.

Netzwerkarbeit ist essenziell wichtig für den Anschlag von Innovationen und Wissenstransfer. Das muss gefördert werden. Dabei ist es wichtig, Netzwerke, die bereits bestehen, zu nutzen und zu stärken. Wird ein Netzwerk nicht mehr gefördert, besteht die Gefahr, dass es einget und die wertvolle Arbeit von Jahren versendet.

Ansprechpartnerin: Julia Paaß, Mitgründerin Netzwerk Zukunftsorte



Scheune Prädikow

Im Rahmen des genossenschaftlichen Wohn- und Arbeitsprojekts Hof Prädikow ziehen in den nächsten Jahren etwa 70 Personen in das 250-Einwohner:innen-Dorf Prädikow in Brandenburg.

Die Integration in den Ort war der Hofgruppe von Beginn an ein Anliegen. Um Gemeinschaft und Kennenlernen zwischen den Einheimischen und Zuziehenden zu ermöglichen, ist in einer maroden Scheune ein gemeinsamer Treffpunkt entstanden.

Der Sanierung wurde ein partizipativer Prozess mit engagierten Dorfbewohner:innen vorgeschaltet, in dem die künftigen Nutzungen festgelegt und der Architektorentwurf angepasst wurden. Ein gemischtes Team aus Hof- und Dorfbewohner:innen testete gemeinsam Nutzungsbeispiele. Als die **Scheune Prädikow** 2021 eröffnete und die ersten Bewohner:innen auf Hof Prädikow einzogen, war die anfängliche Skepsis neuen Freundschaften und dem Stolz auf das gemeinsam Geschaffte gewichen. Heute wird die Scheune vom Verein Hof Prädikow betrieben, unterstützt von den Freunden der Scheune aus Dorf und Umfeld.

Die **Scheune Prädikow** vereint auf 250 Quadratmetern viele Nutzungen: Im Co-Working-Space arbeiten Selbstständige aus Dorf und Region, es gibt einen Raum für Treffen und Veranstaltungen lokaler Vereine, einen Raum für den Kreativ-Club und für geschäftliche Meetings. In der Gastro-Küche kann auch gemeinschaftlich gekocht werden und im großen Saal finden ebenso Seminare statt wie Kulturveranstaltungen, Musik-, Tanz- und Sportkurse. Der Tresen der Café-Kneipe und das Dorfwohnzimmer bringen alle zusammen: Einheimische, Zugezogene, Tourist:innen.

Drei Monate nach der Eröffnung ist die Scheune bereits ein lebendiger Treffpunkt für Kultur, Bildung und Freizeit. Neue Angebote für das Dorf werden angenommen, der Co-Working-Space ist gut besucht. Die Grundkosten sollen durch Einnahmen mit gewerblicher Raumvermietung an solvente Unternehmen bestritten werden, damit die Preise für die lokale Nutzung gering bleiben. Hier ist bisher die fehlende Übernachtungsinfrastruktur eine Hürde.

Multifunktionale Treffpunkte sind gute Schnittstellen zwischen zuziehenden Städter:innen und

Einheimischen. Zugleich sind sie Orte der Innovation, wo neue Entwicklungen angestoßen werden. Für ihre Initialisierung sind ressortübergreifende Förderprogramme notwendig, die das Akquirieren und Organisieren vieler Parallelförderungen unnötig machen. Auch die Förderung eines partizipativen Begleitprozesses und einer ersten Testphase für den Betrieb ist unabdingbar für das Gelingen des Projekts.

Ansprechpartnerin: Julia Paaß, Initiatorin Scheune Prädikow

Smart Cities: 5 für Südwestfalen



Die Digitalisierung ist gerade für Klein- und Mittelstädte mit wenig personellen und finanziellen Ressourcen eine große Chance und Herausforderung zugleich. Das ländlich geprägte Südwestfalen mit seinen 59 vorwiegend Klein- und Mittelstädten denkt Smart Cities deshalb arbeitsteilig und regional – mit Erfolg. Mit den fünf Pionierkommunen Arnsberg, Bad Berleburg, Menden, Olpe und Soest und der Südwestfalen Agentur als Koordinatorin des Projekts ist die Region Teil des Bundesmodellvorhabens Smart Cities made in Germany. In dem Kooperationsprojekt entwickeln die Partner:innen gemeinsam einen Smart-City-Ansatz für Südwestfalen, der auch anderen Städten und Gemeinden das Mitmachen ermöglicht. Die Vision: 2030 ist Südwestfalen die smarteste Region Deutschlands.

Die fünf Pionierkommunen stützen sich auf eine Smart-Cities-Rahmenstrategie: Sie bietet Kommunen eine Orientierung und ein gemeinsames Verständnis von Smart Cities. Das Leitmotiv für alle Maßnahmen und Projekte: die Südwestfalen-DNA „Digital – Nachhaltig – Authentisch“. Die Rahmenstrategie bietet Mitmachoptionen für die ganze Region. Vor Ort können kommunale Maßnahmen weiter konkretisiert und geschärft wer-

den. Inzwischen haben 14 weitere südwestfälische Kommunen die Strategie unterzeichnet.

Die Smart Cities: Schule sichert als weiterer Baustein im Projekt einen regelmäßigen Austausch über Projekte und Vorhaben für alle Interessierten. Die Learnings werden nach und nach in sogenannten Leitfäden veröffentlicht.

Das erste konkrete gemeinsame Projekt, das umgesetzt wird, ist die gemeinsame Offene Regionale Datenplattform, das „Gehirn“ der Smart Cities in Südwestfalen. Auf der Grundlage einer gemeinsamen Open-Source-IT-Basis-Architektur entstehen zukünftig unterschiedliche Anwendungen, sogenannte Use Cases wie Stadt-Apps, E-Government-Bürgerportale oder auch Anwendungen rund um „Umweltmonitoring“ – individuell zugeschnitten auf die jeweilige Kommune.

Das gemeinsame Verständnis und die Überzeugung der Kommunen, trotz einer mitunter aufwendigen Abstimmung arbeitsteilig vorzugehen und voneinander zu lernen, ist der eigentliche Erfolg des Projekts. Ohne eine solche interkommunale Kooperation und echte Zusammenarbeit wird es nicht gelingen, Zukunftsfähigkeit zu schaffen. Zu groß sind die Herausforderungen für jede einzelne Kommune.

Ansprechpartnerin: Stephanie Arens, Südwestfalen
Agentur REGIONALE 2025 / Smart Cities Südwestfalen

Smart Villagers



Wenn neue Ideen und Praktiken entwickelt werden, um mithilfe digitaler Technologien gemeinschaftliche Ziele zu erreichen, spricht die Forschung von „digitalen sozialen Innovationen“ (DSI). Die Menschen, die dahinterstehen, agieren in einem Netzwerk und haben verschiedene Rol-

len inne. Um die Entstehung und den Prozess von DSI in ländlichen Räumen besser zu verstehen, hat das Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung als Leitprojekt in der Forschungsabteilung Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum das Forschungsprojekt **Smart Villagers** durchgeführt und die Eigenschaften und Charakteristika all dieser an rural DSI-Beteiligten in den Fokus gerückt.

Zwei Dörfer standen im Fokus. Beide nehmen mit ihren digitalen Initiativen Vorreiterrollen ein, haben unter 1.000 Einwohner:innen und liegen in peripheren strukturschwachen Regionen. Die Akteur:innen in den beiden Dörfern lassen sich in drei Gruppen unterteilen: „Drivers“, „Supporters“ und „Users“. Drivers sind Menschen, die das Neue initiieren, repräsentieren, managen und verantworten. Drivers sind oft technikaffin und offen für die Digitalisierung. Sie sind formell organisierte Freiwillige innerhalb des Dorfes oder externe Profis. Supporters verfügen über spezifisches Wissen und nutzen ihre Erfahrungen, wenn ihre Unterstützung benötigt wird. Innerhalb des Dorfes übernehmen insbesondere Ehrenamtliche diese Rolle, außerhalb des Dorfes hauptsächlich Fachleute. Users geben Feedback und sind unabdingbar für die Motivation von Drivers und Supporters.

Für die Etablierung erfolgreicher DSI im ländlichen Raum ist es wichtig, **Smart Villagers** von außen zu unterstützen oder den Anstoß zu geben. Dies kann durch Fachleute aus örtlichen Verwaltungen geschehen. Neben finanzieller Unterstützung und der Vermittlung von Kontakten und Dienstleistungen sind es oft kleine Dinge, die innovative Prozesse voranbringen, etwa der Hinweis auf ein Förderprogramm, ein Coaching-Angebot oder informelle Gespräche beim Dorffest. In der Förderung solcher Initiativen sollten die Kompetenzen, Bedarfe und Vernetzung der verschiedenen Akteurstypen berücksichtigt und gefördert werden.

Schulungen für neue Anwendungen und allgemeine digitale Bildungsangebote sind gefragt und

könnten strukturell in Förderungen aufgenommen werden. Die meiste Arbeitslast und Verantwortung liegt auf den Schultern weniger Ehrenamtlicher. Fallen einzelne der treibenden **Smart Villagers** aus, gerät der Erfolg des gesamten Projekts in Gefahr. Um dieses Risiko zu schmälern und den Druck zu verringern, braucht es kontinuierlich hauptamtliche Unterstützung für das Ehrenamt.

Ansprechpartnerin: Nicole Zerrer, Forschungsgruppe Soziale Innovationen in ländlichen Räumen, Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung



Summer of Pioneers

Summer of pioneers
- SCHLOSS BLUMENFELD -

Im Ortsteil Blumenfeld der Gemeinde Tengen befindet sich ein historisches Schloss, das zuletzt als Pflegeheim genutzt wurde. Seit Anfang 2017 ist Schloss Blumenfeld ungenutzt. Alle konventionellen Bemühungen, die kommunale Liegenschaft zu reaktivieren, verliefen in den letzten Jahren ergebnislos. Deshalb hat sich die Stadt Tengen entschieden, mit dem **Summer of Pioneers** eine experimentelle und kooperative Form der Stadtentwicklung zu erproben.

In einem Wettbewerb wurden 20 Kreative und Digitalarbeiter:innen ausgewählt, die sechs Monate im Schloss wohnten und gemeinsam mit den Menschen vor Ort verschiedene Nachnutzungskonzepte erarbeiteten und im Testbetrieb umsetzten.

Zentrales Ergebnis des **Summer of Pioneers** auf Schloss Blumenfeld ist, dass sich fünf Nutzungskluster für eine Wiederbelebung des Schlosses herausarbeiten ließen: von der temporären Vermietung von Zimmern über den Betrieb des Hofcafés und eines Co-Working-Spaces bis zu (Kultur)Veranstaltungen. Die Stadt Tengen wird auf dieser Basis nun in eine zweite Phase starten, in der die entwickelten Nutzungskluster wei-

ter geschärft werden sollen. Dazu wird der **Summer of Pioneers** im Jahr 2022 verlängert. Daran anschließen soll sich die Verstetigung der Nutzungen – auch unter Einbezug der örtlichen Bevölkerung, die das Projekt von Anfang an unterstützte.

Formate für kooperative und gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung haben großes Potenzial – insbesondere hinsichtlich der Nachnutzung/Reaktivierung von städtebaulich wichtigen Leerständen. In den meisten Großstädten sind in den letzten Jahren Gestaltungsräume fast völlig verschwunden. Viele gut ausgebildete Kreative aus den Metropolen suchen daher aktiv nach neuen Gestaltungsräumen in ländlichen Räumen. Kommunen können mit Angeboten wie dem **Summer of Pioneers** von dieser Entwicklung profitieren, sich verjüngen und durch mediale Berichterstattung überregionale Bekanntheit erlangen – als Vertreter einer „Progressiven Provinz“.

Der Einbezug der örtlichen Bevölkerung ist dabei von zentraler Bedeutung. Erst durch eine Zusammenarbeit zwischen den temporären Bewohner:innen und der ortsansässigen Bevölkerung lässt sich ein Klima schaffen, das eine Verstetigung auch nach offiziellem Projektende ermöglicht.

Ansprechpartner: Marian Schreier, Bürgermeister der Stadt Tengen / Frederik Fischer, Gründer der Neulandia UG und Initiator des Summer of Pioneers



CoWorkLand eG

Vor wenigen Jahren war eine Übertragung des urbanen Trends Co-Working aufs Land noch Utopie – deutschlandweit gab es 2017 vier Co-Working-Spaces außerhalb der Großstädte. Dabei kann Co-Working gerade auf dem Land ihre wahre gesellschaftliche Relevanz beweisen.

Co-Working kann tagsüber Leben in Kleinstädte und Dörfer zurückbringen, weniger Pendelei führt

dazu, dass die Menschen weniger Benzin und Lebenszeit auf den Straßen verbrennen, Klimaziele und Vereinbarkeit werden gestärkt.

Und: Co-Working-Spaces haben das Potenzial, Innovator:innen aus ihren städtischen Biotopen aufs Land zu holen, wo sie die zahlreichen Herausforderungen der ländlichen Räume mit frischen Ideen angehen können.

Vier Jahre nach dem Start von **CoWorkLand eG** entstehen diese Orte in ganz Deutschland. Die Initiator:innen organisieren sich in der **CoWorkLand eG**, einer Genossenschaft, die Gründer:innen in allen Aspekten der Gründung unterstützt, sie berät und vermarktet. 190 Mitglieder zählt die Genossenschaft im November 2021, mit über 90 bereits geöffneten Spaces vom Ammersee bis an die Schlei.

Über eine Buchungsplattform (coworkland.de) können sich die Co-Worker:innen im ganzen Land einbuchen – ein Angebot, von dem inzwischen auch große Organisationen wie das Land Schleswig-Holstein für ihre Mitarbeiter:innen Gebrauch machen. Die Genossenschaft ist gemeinwohlorientiert – die Erlöse der Buchungsplattform sollen zu gleichen Teilen in soziokulturelle Projekte auf dem Land zurück an die Genoss:innen und in die Weiterentwicklung der Plattform fließen.

So entsteht eine ganz neue Infrastruktur rund um die Metropolen, die Arbeitsmobilität vermindert und neue Orte entstehen lässt, an denen nicht nur gearbeitet wird – hier findet man auch Dorfläden, Kitas, Makerspaces, Sharing-Küchen, Dorfkrüge und vieles mehr.

Ansprechpartner: Ulrich Bähr, Geschäftsführer CoWorkLand eG

Quellen

- ARL- Akademie für Raumentwicklung in der Leibnizgemeinschaft (Hrsg.) (2022): Rahmen-Positionspapier „Ländliche Räume in NRW: Räume mit Zukunftsperspektiven“. In: Positionspapiere aus der ARL Nr. 128. Hannover (in Druck). Demnächst online unter: www.arl-net.de/content/publikationen.
- Bähr, Ulrich, Juli Biemann, Jule Lietzau und Philipp Hentschel (2021). Coworking im ländlichen Raum. Menschen, Modelle, Trends. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Coworking_im_laendlichen_Raum.pdf (Download 08.12.2021).
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung und Wüstenrot Stiftung (Hrsg.) (2021). Digital aufs Land. Wie kreative Menschen das Leben in Kleinstädten und Dörfern neu gestalten. Berlin. https://www.berlin-institut.org/fileadmin/Redaktion/Publikationen/153_Digital_aufs_Land/Digital_aufs_Land_Online.pdf (Download 14.12.2021).
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2021). Coworking im ländlichen Raum. Menschen, Modelle, Trends. Gütersloh. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Coworking_im_laendlichen_Raum.pdf (Download 14.12.2021).
- Geißler, René (2021). „Ein kommunales Investitionsprogramm für das nächste Jahrzehnt“. Hrsg. Dezernat Zukunft. Berlin. <https://www.dezernatzukunft.de/wp-content/uploads/2021/04/Ein-kommunales-Investitionsprogramm-fuer-das-naechste-Jahrzehntv1-1.pdf> (Download 8.12.2021).
- Luschei, Frank (2021). „Gemeinden auf dem Land: Die eigene Attraktivität messen und steigern“. <https://blog-smartcountry.de/gemeinden-auf-dem-land-die-eigene-attraktivitaet-messen-und-steigern/> (Download 8.12.2021).

- Netzwerk Zukunftsorte (Hrsg.) (2020). „Vision 2030. 1000 Orte für die Zukunft in Ostdeutschland“. https://static1.squarespace.com/static/5ab7f3dab98a7888d760e112/t/5fd76579ab77727176ae3a86/1607951743201/Vision_Zukunftsorte_201214_lang.pdf (Download 8.12.2021).
- SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (2021). „Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“. Koalitionsvertrag zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP). https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf (Download 14.12.2021).
- Vodafone Institut für Gesellschaft und Kommunikation (Hrsg.) (2021). „Mehrheit der Stadtbevölkerung erwägt Umzug aufs Land“. <https://www.vodafone-institut.de/de/studien/digitising-europe-pulse-umzug-aufs-land/> (Download 14.12.2021).
- Wahl, Fabian (2021). „Kreis Höxter: ‚Die Renaissance des ländlichen Raums‘“. <https://blog-smartcountry.de/kreis-hoexter-die-renaissance-des-laendlichen-raums/> (Download 8.12.2021).
- Wahl, Fabian, und Daniel Dettling (2021). „Progressive Provinzen: ‚Jeder kann dazu gehören‘“. <https://blog-smartcountry.de/progressive-provinzen-jeder-kann-dazu-gehoren/> (Download 14.12.2021).

Mission

„Analysen und Konzepte“ ist eine Publikationsreihe aus dem Programm „LebensWerte Kommune“. Das Programm widmet sich den drei großen gesellschaftlichen Herausforderungen auf kommunaler Ebene: dem demografischen Wandel in seinen Ausprägungen und Auswirkungen auf alle Politikfelder, der zunehmenden sozialen Spaltung, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, sowie der Haushaltskrise, die sich regional vertieft und kommunales Agieren behindert. „Analysen und Konzepte“ soll Ergebnisse der Stiftungsarbeit zu diesen Themen praxisgerecht vermitteln und den Entscheidungsträger:innen relevante Informationen zur Verfügung stellen.

Die Bertelsmann Stiftung engagiert sich in der Tradition ihres Gründers Reinhard Mohn für das Gemeinwohl. Sie versteht sich als Förderin des gesellschaftlichen Wandels und unterstützt das Ziel einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Die Bertelsmann Stiftung tritt ein für die Stärkung kommunaler Selbstverwaltung, da auf kommunaler Ebene gesellschaftlichen Herausforderungen am wirkungsvollsten begegnet werden kann. Die Stiftung ist unabhängig und parteipolitisch neutral.

Wegweiser Kommune



11,5 Prozent

Ländlich geprägte Kreise und kreisangehörige Städte ziehen Familien an.

11,5 mehr Zu- als Fortzüge von Familien je 1.000 Einwohner:innen konnten ländlich geprägte Kreise und kreisfreie Städte im Median im Jahr 2019 verzeichnen. In städtisch geprägte Kreise und kreisfreie Städte dagegen zogen nur 8,9 Familien je 1.000 Einwohner:innen mehr hinzu als fort.

Wie sieht die Familienwanderung für Ihre Kommune aus? Schauen Sie nach unter www.wegweiser-kommune.de.

Zur Definition ländlich und städtisch geprägter Kreise und kreisfreie Städte wurde die siedlungsstrukturelle Kreistypisierung des BBSR (2019) verwendet.

Ausblick

Nr. 2 | 2022

Gesellschaftliche Spaltung von Anfang an?!

Strukturelle Bedingungen von Kita-Segregation in deutschen Jugendämtern

Nicht erst seit der Corona-Pandemie wird diskutiert, inwiefern sich die Gesellschaft in verschiedenen Teilbereichen polarisiert. Während die soziale Spaltung von Städten bzw. Stadtteilen oder Schulen relativ häufig diskutiert wird, findet das frühkindliche Bildungssystem in dieser Debatte wenig Beachtung.

Die nächste Ausgabe von „Analysen und Konzepte“ beschäftigt sich deshalb mit der Segregation in Kindertageseinrichtungen als einer Dimension sozialer Ungleichheit im frühkindlichen Bildungssystem. Der Fokus richtet sich auf die Jugendämter als kommunale Ebene und die Träger von Kindertageseinrichtungen, weil sie als zentrale Akteure das frühkindliche Bildungssystem vor Ort maßgeblich beeinflussen (können).

Es werden empirische Befunde einer quantitativen Analyse von Kita-Segregation auf den verschiedenen (föderalen) Ebenen beschrieben. Außerdem wird untersucht, wie sich strukturelle Bedingungen der Jugendämter, z.B. die kommunale Haushaltssituation, auf das Ausmaß der Kita-Segregation auswirken. Abschließend wird diskutiert, welche Aspekte im Umgang mit Kita-Segregation zu beachten sind und welche Handlungsansätze sich daraus ergeben können.

Impressum

Bertelsmann Stiftung 2022

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Mario Wiedemann, Dr. Tobias Bürger

Autor:innen

Mario Wiedemann, Heidrun Wuttke,
Frederik Fischer

Korrektur

Rudolf Jan Gajdacz, München

Grafikdesign

Nicole Meyerholz, Bielefeld

Bildnachweise

Seite 1 © hedgehog94 – stock.adobe.com

Seite 9 © privat

Seite 18 © Südwestfalen Agentur /

Michael Bahr

Seite 35 © Manuela Clemens

Der **Text** dieser Publikation ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>, **davon ausgenommen** sind alle **Bilder**.



Empfohlene Zitierweise: Bertelsmann Stiftung (2022). Digitale Landpionier:innen. Politikempfehlungen für eine Progressive Provinz. Gütersloh.

BSt ID-1378

ISSN 2199-7969

DOI 10.11586/2022004

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Mario Wiedemann
Project Manager
Programm LebensWerte Kommune
Telefon +49 5241 81-81305
mario.wiedemann@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Tobias Bürger
Project Manager
Programm LebensWerte Kommune
Telefon +49 5241 81-81832
tobias.buerger@bertelsmann-stiftung.de

Heidrun Wuttke
Kreis Höxter
hw@dorfdigital.com

Frederik Fischer
Neulandia UG
frederik.fischer@kodorf.de

www.bertelsmann-stiftung.de